



## Industrieforum

China, USA, Europa: Der Kampf der Großmächte um die Weltwirtschaft

## Industriepolitik

Industrie Salzburg: Garant für einen starken Innovationsstandort

## Industriekonjunktur aktuell

Starke Industriegebiete prägen die heimische Wirtschaftslandschaft.  
Doch die Krise trifft die Region hart

### **Bundessparte Industrie (BSI)**

Die Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich vertritt mit ihren Fachverbänden die Interessen von mehr als 5.000 Mitgliedsunternehmen. In der österreichischen Industrie sind mehr als 450.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Die Industrieunternehmen Österreichs sind mit einer Exportquote von 66 Prozent stark international vernetzt. Die Bundessparte Industrie ist nicht nur für eine aktive Mitgestaltung der österreichischen Industriepolitik zuständig, sondern auch für die Koordination und die inhaltliche Artikulierung aller industrierelevanten Interessen vor allem in der Kollektivvertragspolitik, im Umwelt- und Energiebereich, in der Forschungs- und Technologiepolitik sowie in der Infrastrukturentwicklung.

### **Industriewissenschaftliches Institut (IWI)**

Das Industriewissenschaftliche Institut (IWI) setzt einen markanten industrieökonomischen Forschungsschwerpunkt in Österreichs Institutslandschaft. Seit 1986 steht das Institut für die qualitativ anspruchsvolle Verschränkung zwischen Theorie und Praxis.

Das intensive Zusammenspiel unterschiedlicher Forschungsbereiche dient dazu, Produktionsstrukturen systemorientiert zu analysieren und darauf aufbauend zukunftsweisende wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Besondere Schwerpunkte finden sich in der Analyse langfristiger makroökonomischer Entwicklungstendenzen sowie in der Untersuchung industrieller Netzwerke (Clusteranalysen).

### **Industriellenvereinigung (IV)**

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Seit 1946 nimmt die IV an allen Gesetzgebungsprozessen als anerkannter Partner der Politik teil. Eine Bundesorganisation, neun Landesgruppen und das Brüsseler IV-Büro vertreten die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.400 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung – in Österreich und Europa. Die IV-Mitglieder repräsentieren mehr als 80 Prozent der heimischen Produktionsunternehmen. Ihr Anspruch an der Schnittstelle zwischen Unternehmen und Politik ist es, mit innovativen Konzepten und Expertise Österreichs Gesellschaft zukunftsfit zu gestalten.



#### **Bundessparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich**

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien  
Telefon: 05 90 900-3460  
Telefax: 05 90 900-113417  
Internet: [wko.at/industrie](http://wko.at/industrie),  
E-Mail: [bsi@wko.at](mailto:bsi@wko.at)

#### **Bundespräsidium**

Obmann Mag. Sigi MENZ, Ottakringer Getränke AG  
Stellvertreter Vorstandsvorsitzender KommR DI  
Dr. Clemens MALINA-ALTZINGER, Reform-Werke  
Bauer & Co. Ges.m.b.H.  
Stellvertreter GF Thomas SALZER,  
Salzer Papier GmbH  
kooptiert gem. § 63 (2) WKG:  
COO Günter DÖRFLINGER, MBA, Christof  
Industries Global GmbH  
CEO Mag. Christian KNILL, Knill Energy  
Holding GmbH  
GD KommR Ing. Wolfgang HESOUN, Siemens AG  
Österreich

#### **Geschäftsführer**

Mag. Andreas MÖRK



#### **Industriewissenschaftliches Institut**

Mittersteig 10/4, 1050 Wien  
Telefon: +43 1 513 44 11-0  
Telefax: + 43 1 513 44 11-2099  
Internet: [www.iwi.ac.at](http://www.iwi.ac.at),  
E-Mail: [office@iwi.ac.at](mailto:office@iwi.ac.at)

#### **Vorstand**

Vorsitzender Hon.Prof. Dr. Wilfried STADLER,  
Wirtschaftsuniversität Wien  
Gen.-Sekr. Karlheinz KOPF, Wirtschaftskammer  
Österreich, stv. Vorstandsvorsitzender des IWI  
Gen.-Sekr. Mag. Christoph NEUMAYER  
Industriellenvereinigung, stv. Vorstandsvor-  
sitzender des IWI  
Mag. Elisabeth ENGELBRECHTSMÜLLER-  
STRAUß, Fronius, stv. Vorstandsvorsitzende  
des IWI  
Mag. Markus BEYRER, Business Europe  
Mag. Christian DOMANY, Unternehmensberater  
Dr. Erhard FÜRST,  
Vorst.dir. DI Dr. Manfred MATZINGER-LEOPOLD,  
Münze Österreich  
GF Mag. Andreas MÖRK, Bundessparte  
Industrie, der Wirtschaftskammer Österreich,  
Kassier des IWI  
FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. SCHNEIDER,  
Industriewissenschaftliches Institut

#### **Kuratorium**

Vorsitzender Hon.Konsul KommR Veit  
Schmid-Schmidfelden, Rupert Fertinger GmbH

#### **Geschäftsführer**

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

#### **Wissenschaftlicher Leiter**

Univ. Prof. DI Dr. Mikuláš Luptáčík



#### **Industriellenvereinigung**

Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Österreich  
Telefon: +43 1 71135 - 0  
Internet: [www.iv.at](http://www.iv.at), [www.facebook.com/industriellenvereinigung](https://www.facebook.com/industriellenvereinigung),  
[www.twitter.com/iv\\_news](https://www.twitter.com/iv_news)  
E-Mail: [office@iv.at](mailto:office@iv.at)

#### **Präsidium**

Präsident Georg KNILL, Knill Gruppe  
Vize-Präsidentin Dipl.-Ing. Dr. Sabine  
HERLITSCKA MBA, Vorstandsvorsitzende  
Infineon Technologies Austria AG  
Vize-Präsident Philipp VON LATTORFF,  
Geschäftsführer Boehringer Ingelheim  
RCV GmbH & Co KG Regional Center Vienna  
Vize-Präsident Dipl.-Ing. F. Peter MITTERBAUER,  
Vorstandsvorsitzender MIBA AG

#### **Geschäftsführung**

Generalsekretär Mag. Christoph NEUMAYR  
Vize-Generalsekretär Ing. Mag. Peter KOREN  
Vize-Generalsekretärin Dr. Claudia MISCHENSKY



**editorial**

Georg Knill  
China drängt, die USA blocken –  
Wo bleibt Europa?

**forum**

China, USA, Europa: Der Kampf der  
Großmächte um die Weltwirtschaft

Konfrontation oder Kooperation? Die  
Industrie muss zu neuer Stärke finden

Interview:  
„Es braucht Zuversicht, um die Konjunktur  
wieder anzukurbeln“  
Dr. Stefan Ederer, Ökonom vom Österreichischen  
Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)

**politik**

Erfolgsmodell Umwelttechnikwirtschaft:  
Wachstum, Innovation, Export

Zukunftssichere Energieversorgung der  
Industrie

Die heimische Game Development  
Branche

Serie: Industrie Salzburg:  
Garant für einen starken  
Innovationsstandort

Interview:  
„Die Energiewende kann nur durch eine  
aktive Einbindung der Industrie gelingen“  
Dr. Peter Unterkofler, Obmann der Sparte  
Industrie in der Wirtschaftskammer Salzburg

**konjunktur**

Kommentar zur internationalen  
Konjunkturentwicklung  
4 FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider 30

Starke Industriegebiete prägen die heimische  
Wirtschaftslandschaft. Doch die Krise trifft die  
Region hart  
6 Mag. Andreas Mörk 32

**konjunktur nach branchen**

Branchenübersicht	34
Gesamtindustrie	35
Bergwerke und Stahl	35
Stein- und keramische Industrie	36
Glasindustrie	36
Chemische Industrie	37
Papierindustrie	37
PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton	38
Bauindustrie	38
Holzindustrie	39
Lebensmittelindustrie	39
Textil-, Bekleidungs-, Schuh & Lederindustrie	40
NE-Metallindustrie	40
Metalltechnische Industrie	41
Fahrzeugindustrie	41
Elektro- und Elektronikindustrie	42
Offenlegung, Impressum	42

# inhalt

## China drängt, die USA blocken – Wo bleibt Europa?

Der globale Handel wird zum Machtspiel zwischen den USA und China, während Europa um seine Wettbewerbsfähigkeit ringt. Ohne klare Reformen und Investitionen laufen die EU und Österreich Gefahr, international an Bedeutung zu verlieren. Freihandel, Innovation und eine starke Binnenmarktstrategie sind entscheidend, um Chancen zu nutzen und Krisen zu meistern.

Autor: Georg Knill

Der Welthandel wird zu einem Machtspiel geopolitischer Interessen und die Europäische Union hat derzeit nicht die besten Karten. Europa als traditionell rohstoffarmer Kontinent und insbesondere kleinere Länder wie Österreich sind auf den möglichst barrierefreien Handel über Grenzen und Weltregionen hinweg angewiesen. Freihandel ist der Motor für hoch-

qualitative, gut bezahlte Jobs und für Wohlstand. Für Europa ist es kein gutes Zeichen, wenn sich die USA mit protektionistischen Maßnahmen und Drohgebärden stärker abschotten und China mit stark subventionierten und innovativen Produkten europäischen Unternehmen Marktanteile abringt. Die EU muss nun in einem schwierigen Mix aus einseitigen Abhängigkeiten und fragilen Partnerschaften eine starke industrie- und handelspolitische Vision finden, um auf den Weltmärkten nicht in die Bedeutungslosigkeit zu geraten.

### An transatlantischen Beziehungen arbeiten

Die USA sind der wichtigste Handels- und Investitionspartner Europas und die zweitwichtigste Exportdestination für österreichische Unternehmen mit wachsender Bedeutung. 16 Millionen Arbeitsplätze werden auf beiden Seiten durch die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen gesichert. Unter Donald Trump als Präsident könnte der protektionistische Kurs der USA ab nächstem Jahr allerdings weiter verschärft werden. Die EU hat mit den USA kein Freihandelsabkommen und so könnte ein Schlagabtausch handelspolitischer Maßnahmen für beide Seiten schmerzhaft werden – für Europa steht jedoch etwas mehr auf dem Spiel als für die USA. Brüssel könnte auf US-Importzölle beispielsweise mit Zöllen auf US-Digitalservices reagieren. Das Wifo und das Kiel Institut für Weltwirtschaft haben sich die Auswirkungen eines solchen Szenarios angesehen und alle Beteiligten würden zu den Verlierern gehören. In der EU und da insbesondere in Deutsch-



Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung

land wäre der Rückgang der Wirtschaftsleistung jedoch wesentlich dramatischer als in den USA und könnte angesichts der hauchdünnen Wachstumsprognosen für kommendes Jahr zum Zünglein auf der Waage werden. Umgekehrt würden von einem Deal, bei dem Zölle auf bestimmte Güter abgebaut werden, ebenfalls alle Beteiligten profitieren. Die EU wird also ein Gutes daran tun, an der transatlantischen Beziehung möglichst schnell und aktiv zu feilen. Gleichzeitig könnte auch ein Handelskrieg zwischen USA und China deutliche Auswirkungen für Europa haben – China drängt ob der wirtschaftlichen Schwäche im eigenen Land immer aggressiver auf die Weltmärkte und wenn die USA die Handelsschranken hochfahren, könnte das einen härteren Wettbewerb für europäische Unternehmen am EU-Binnenmarkt bedeuten.

Um in diesen Machtkämpfen Gewicht in die Waagschale bringen zu können, muss die Europäische Union allerdings an ihrer wirtschaftlichen Stärke arbeiten. Denn der Zugang zum Binnenmarkt ist derzeit noch das stärkste Asset, das Europa in Verhandlungen einbringen kann. Eine Stärkung des Binnenmarkts ist daher wesentlich. Gleichzeitig birgt eine Vertiefung des Binnenmarkts auch für Europa selbst große Wachstumschancen. Österreichs Wirtschaft könnte durch einen Abbau von Hindernissen für den Handel mit Dienstleistungen am Binnenmarkt laut dem deutschen Ifo-Institut um 3,8 Prozent stärker wachsen.

### Österreich muss aktiv gestalten

Während die Europäische Union mit geopolitischen Herausforderungen und internen Reformbedarfen ringt, darf Österreich als Teil dieser Gemeinschaft nicht abseitsstehen. Die wirtschaftliche Lage zeigt: Es ist höchste Zeit, strukturelle Defizite anzugehen, um im internationalen Wettbewerb bestehen und von globalen Wachstumsmärkten durch den Abschluss von EU-Freihandelsabkommen profitieren zu können. Hohe Produktionskosten und wachsende bürokratische Belastungen setzen heimische Unternehmen unter Druck, was den Standort unattraktiv macht. Ein Abbau der Lohnnebenkosten und effizientere Prozesse sind dringend nötig,

ebenso wie die Erschließung neuer Märkte in Drittstaaten wie Indien, Mexiko und Mercosur. Gleichzeitig sind Investitionen in Schlüsseltechnologien wie KI, Wasserstoff und Life Sciences essenziell, um Innovationen zu fördern und Österreich als Hightech-Standort zu stärken. Eine Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsquote auf vier Prozent des BIP könnte nachhaltige Wachstumsimpulse setzen.

Die hohe Abgabenlast auf Arbeit erschwert es Unternehmen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu halten, und hemmt Anreize für längere Arbeitszeiten.

**Strukturelle Defizite angehen, um im internationalen Wettbewerb bestehen und von globalen Wachstumsmärkten durch den Abschluss von EU-Freihandelsabkommen profitieren zu können.**

Modelle wie ein Vollzeit-Bonus könnten hier Abhilfe schaffen, während gezielte Fachkräftezuwanderung den Arbeitsmarkt stabilisieren würde. Um private Konsumausgaben und Investitionen zu stärken, braucht es kluge Reformen, die Vertrauen in die Wirtschaft und Staatsfinanzen fördern – damit Österreich nicht nur reagiert, sondern aktiv gestaltet.

Um im globalen Machtspiel der Wirtschaft nicht ins Hintertreffen zu geraten, muss Österreich jetzt entschlossen handeln. Ein starkes und wettbewerbsfähiges Wirtschaftssystem im Inland ist die Grundlage dafür, internationale Chancen zu nutzen und die Vorteile des Freihandels voll auszuschöpfen. Nur mit klaren Reformen, einer klugen Investitionspolitik und der gezielten Förderung von Innovation kann Österreich seine Rolle als wichtiger Player auf den Weltmärkten sichern. Die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft müssen heute gestellt werden – denn die Zeit, um mutige Schritte zu setzen, ist jetzt. ■



## China, USA, Europa: Der Kampf der Großmächte um die Weltwirtschaft

**Das Machtgefüge zwischen den Weltmächten verschiebt sich sowohl politisch wie auch wirtschaftlich. Aus West und Ost wächst der Druck auf Europas Industrie.**

Europas Industrie läuft Gefahr zwischen den beiden Blöcken aus West und Ost zerrieben zu werden, denn längst hat Europa seine Führungsrolle verloren. China und die USA schützen ihre Wirtschaft mit allen Mitteln und treiben die Produktionen im eigenen Land voran während Europa viele Produktionen beispielsweise nach China ausgelagert hat. War Europa noch vor wenigen Jahrzehnten die führende Wirtschaftsmacht der Welt, so sind wir heute zum Nachzügler geworden. Der Anteil der Europäischen Union am kaufkraftbereinigten globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank im Jahr 2023 auf 14,7 Prozent. Für das Jahr 2029 wird der Anteil der Europäischen Union am kaufkraftbereinigten globalen BIP auf rund 13,4 Prozent prognostiziert. Europas Wirtschaft leidet an explodierenden Energiepreisen und hohen Arbeitskosten, dazu kommt ein Mangel an dringend

benötigten Fachkräften. Auch die stark zunehmende Bürokratie in der EU ist ein Hemmschuh. Ein Paradebeispiel hierfür ist sicherlich die Lieferkettenrichtlinie. Mit dieser Richtlinie werden nicht nur sehr große, sondern auch mittelständische Unternehmen dazu gezwungen, die Verantwortung für die gesamte Wertschöpfungskette ihrer Endprodukte zu übernehmen. Das Unternehmen muss schriftlich nachweisen, dass europäische Standards eingehalten wurden. Ein Aufwand, der kaum zu bewältigen ist.

Durch diesen toxischen Mix muss Europa derzeit zusehen, wie die USA und China davon ziehen. Doch was hat Europa dem entgegenzusetzen? Da die Industrie in Europa mit rund einem Fünftel einen maßgeblichen Anteil an der gesamten Wertschöpfung trägt werden weitreichende Reformen und

Strategien gefordert, die die Zukunft des Standorts sichern. Ursula von der Leyen betonte anlässlich des Beginns ihrer zweiten Amtszeit als Präsidentin der Europäischen Kommission: „Das ist ein guter Tag für Europa. Jetzt müssen wir liefern.“ Was auch ein Auftrag an die künftige österreichische Bundesregierung ist. Durch gezielte Maßnahmen muss die Wirtschaft gefördert und unterstützt werden. Hängt doch der Wohlstand des Landes von einer funktionierenden und sich entwickelnden Wirtschaft ab.

### Amerikanischer Protektionismus

Der erste Blick geht in Richtung USA, von denen seit dem Wahlsieg von Donald Trump wöchentlich neue Pläne für Einfuhrzölle verlautbart werden. Die strategische Entwicklung der US-amerikanischen Wirtschafts- und Industriepolitik wird weiter vorangetrieben werden. Zölle auf ausländische Produkte und Subventionen für US-Firmen halten die Konkurrenz

aus anderen Ländern vor der Tür. Leider auch Produkte aus Europa. Trump sieht die Zölle nicht nur als Machtinstrument, er möchte sie auch als eine Einnahmequelle nutzen, um die Staatskassen zu füllen. So könnte er zumindest einen Teil der geplanten Steuersenkungen für Unternehmen (der Körperschaftssteuersatz soll von 21 auf 15 Prozent sinken) finanzieren. Nach den Zolldrohungen gegen Kanada, Mexiko und China befürchtet auch Europa einen Handelskonflikt mit weitreichenden Folgen. Die USA sind der zweitwichtigste Absatzmarkt für Österreichs Exporteure. Wurden doch im Vorjahr Waren im Wert von 14,7 Milliarden Euro in die USA ausgeführt, hier an Boden zu verlieren hätte katastrophale Auswirkungen. Um die Zölle zu umgehen und kostengünstiger produzieren zu können, droht die Abwanderung europäischer Betriebe in die USA, denn die Rahmenbedingungen sind dort einfach attraktiver als am europäischen Wirtschaftsstandort. Es wird immer lauter von einer Deindustrialisierung Europas

#### Monika Rosen – Börsenexpertin, Vizepräsidentin der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft

Mit dem eindeutigen Wahlsieg von Donald Trump in den USA ist das Thema Zölle für die europäischen Unternehmen wieder sehr virulent geworden. Erschwerend kommt hinzu, dass beide Kammern des Kongresses ebenfalls an die Republikaner gegangen sind. Damit kann Trump seine diesbezüglichen Pläne noch leichter umsetzen. Nachdem er bereits im Wahlkampf von zehn bis 20 Prozent auf alle Importe gesprochen hatte, wurden seine Pläne zuletzt konkreter. In einem ersten Schritt will er offenbar vor allem Importe aus Kanada und Mexiko (jeweils mit 25 %) sowie aus China (mit zusätzlichen 10 Prozent zu den aktuell geltenden Zöllen) belasten.

An der Wall Street wurde sein Wahlsieg zunächst enthusi-

astisch gefeiert, immerhin bedeutet er weniger Steuern, weniger Regulierung und damit, zumindest am Beginn, noch bessere Bedingungen für US-Unternehmen. An den europäischen Börsen hingegen herrscht seither Ernüchterung. Der breite Stoxx Index steuert heuer auf die größte Underperformance zum S&P 500 seit knapp 30 Jahren zu. Europa wäre nicht nur direkt von allfälligen Zöllen betroffen, sondern käme auch indirekt durch die geplanten US-Zölle auf chinesische Waren unter Druck. Wenn der chinesische Export in die USA dadurch zurückginge (wovon auszugehen ist), könnte das Land dazu übergehen, seine überschüssigen Produkte zu Dumpingpreisen in Europa auf den Markt zu werfen. Das Ifo Institut schätzt, dass ein Zoll im Ausmaß von 20 Prozent die deutschen Exporte in die USA um ca. 15 Prozent einbrechen lassen würde.



astisch gefeiert, immerhin bedeutet er weniger Steuern, weniger Regulierung und damit, zumindest am Beginn, noch bessere Bedingungen für US-Unternehmen. An den europäischen Börsen hingegen herrscht seither Ernüchterung. Der breite Stoxx Index steuert heuer auf die größte Underperformance zum S&P 500 seit knapp 30 Jahren zu. Europa wäre nicht nur direkt von allfälligen Zöllen betroffen, sondern käme auch indirekt durch die geplanten US-Zölle auf chinesische Waren unter Druck. Wenn der chinesische Export in die USA dadurch zurückginge (wovon auszugehen ist), könnte das Land dazu übergehen, seine überschüssigen Produkte zu Dumpingpreisen in Europa auf den Markt zu werfen. Das Ifo Institut schätzt, dass ein Zoll im Ausmaß von 20 Prozent die deutschen Exporte in die USA um ca. 15 Prozent einbrechen lassen würde.



Chinesische Autobauer wie BYD wollen den europäischen Markt erobern. Auch mit Standorten in europäischen Ländern.

gesprächen. Und es hat bereits ein schleichender Prozess der Verlagerung von Produktionen in Weltregionen, in denen wettbewerbsfähig produziert werden kann, eingesetzt.

### Chinas Wirtschaft ist erwacht

China hat eine Wandlung durchgemacht. Vorbei sind die Zeiten als aus chinesischen Fabriken schlechte Kopien von westlicher Unterhaltungselektronik nach Europa strömten. Heute werden die Weltmärkte mit guten und vor allem günstigen Elektroautos, Batterien, Solarzellen, Wärmepumpen und weiteren Technologien geflutet. Als Folge fürchtet Deutschland um seine Automobilindustrie, Werkschließungen bei Volkswagen sind kein Tabu mehr. Viel zu zögerlich wurde auf den wirtschaftlichen Vormarsch Chinas reagiert. So als könne man nicht glauben, dass hier existenzbedrohende Konkurrenz möglich ist. Nun muss gehandelt werden. „Wir müssen unsere Kapazitäten verringern und an die neuen Realitäten anpassen“, brachte es VW-Markenchef Thomas Schäfer in einem Interview auf den Punkt. Europa büßt hier eine Vormachtstellung ein, die sie Jahrzehntlang innehatte und trifft damit auch viele heimische Zulieferer, die nun ebenfalls in Schiefelage geraten.

Ein weiteres Problem stellt die schwächelnde Konjunktur Chinas dar, was die Preise für Waren aus Fernost noch weiter sinken lässt, zusammen mit

den wachsenden Produktionskapazitäten, schwappt das erhebliche Überangebot der chinesischen Waren auf den europäischen Markt. Die heimischen Erzeuger können hier nicht mithalten, zu hoch sind die Auflagen und Produktionskosten.

### Existenzängste greifen um sich

Europas industrielles Herz wird von Existenzängsten geplagt. Doch die Lösung kann nicht darin bestehen Europa zum Bollwerk aufzurüsten, das zwischen den Mühlsteinen China und USA bestehen kann. Stattdessen gilt es, die Agilität der Unternehmen zu fördern, um dem Druck auszuweichen. Dafür muss die Regulierungswut der EU eingedämmt werden. Die Unternehmen brauchen Freiraum. Wichtig sind hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung, auch von staatlicher Seite. Dazu gehören auch Anreize für die Zuwanderung der klügsten Köpfe und eine gut ausgebaute Infrastruktur. Diese Maßnahmen sind natürlich schwieriger umzusetzen als schnell verhängte Zölle. Sie wirken nicht sofort – dafür aber umso anhaltender. Die große Chance für Europas Wirtschaft liegt in innovativen Industrieunternehmen, die Produkte und Komponenten auf den Markt bringen, die in ihren jeweiligen Nischen Spitzenreiter sind. Diese gilt es ganz besonders in Österreich zu fördern, denn hier liegt unsere große Stärke. ■

Autorin: Herta Scheidinger

# „China hat gelernt, mit den strategischen Defiziten der EU sehr geschickt umzugehen“

**China hat Europa längst den Handelskrieg erklärt. Das sollte endlich zur Kenntnis genommen werden. Europa muss gemeinsam mit den USA eine starke transatlantische Allianz bilden.**

Die US-Präsidentschaftswahlen sind geschlagen und damit wurde zweifellos eine der wichtigsten geopolitischen Weichenstellungen vollzogen. Vorausgesetzt, Präsident Trump wird den außenpolitischen Kurs seiner letzten Präsidentschaft fortsetzen, bedeutet das vor allem eine deutlich akzentuierte China-Politik. Außerdem werden die USA 2025 weiter in Richtung Technologieunabhängigkeit in bestimmten Schlüsselindustrien streben. Die EU hingegen läuft Gefahr, sich in surrealen Zielsetzungen und „De-Risking“-Debatten zu verlieren.

Für einen transatlantischen Technologiepakt, der Risiken, Investitionen und Innovationen zwischen der EU und den USA aufeinander abstimmen, wäre 2025 genau das richtige Jahr. Ein solcher Technologiepakt sollte neben den Schlüsseltechnologien KI und Halbleiter auch die „grünen“ Technologien inkludieren. Für Österreich ist die Schwäche der deutschen Automobilindustrie ein Problem. Österreich hat einen sehr großen Autozulieferer-Sektor. Es darf daher nicht passieren, dass der „Green New Deal“ und das „Verbrenner-Aus“ vollständig zu einer ideologischen Diskussion mutieren und ohne tiefergehende Überlegungen, dass eine Industrie abgewickelt wird, bei der europaweit fast 14 Mio. Menschen Beschäftigung finden.

Das „Verbrenner-Aus“ ist der Schlüssel zum Problem. Würde man E-Mobilität als alternative Antriebsform hinzufügen und dem Konsumenten die Entscheidung überlassen, wäre die Frage gelöst. Im Übrigen auch bezüglich umstrittenen chinesi-



Bernhard Seyringer, Politikanalyst mit Schwerpunkt Strategic Foresight

schen greenfield-Investitionen. Bei derart energieintensiven Produktionen wäre natürlich die Frage der Energiequelle deutlich zu stellen. Am Beispiel des geplanten CATL-Batteriewerkes im ungarischen Debrecen, lassen sich die Dimensionen darstellen: Für eine jährliche Produktion von Batterien mit einer Gesamtleistung von 40 GWh, wird ein jährlicher Gesamtenergieverbrauch von 1640 GWh kalkuliert: 1000 GWh Gas und 640 GWh an Elektrizität. Sowie, nach Schätzungen ungarischer

Umweltschützer, ungefähr 1000 Kubikmeter Wasser pro Stunde! Dann müsste eine lokale Bezugsquote festgelegt werden. In der EU gibt es so etwas nicht. Und als dritte Anforderung dürften für in der EU hergestellte E-Autos ausschließlich europäische Software verbaut werden. Dann würde ich keinen Grund mehr sehen, chinesische Investitionen zu verbieten. Im Übrigen verhandelt die italienische Regierung gerade mit Dongfeng bezüglich einer „Lokalisierungsquote“.

China hat gelernt, mit den strategischen Defiziten der EU sehr geschickt umzugehen. Zu diskutieren wäre, ob eine Klimapolitik, die sich desaströs auf die Industrie auswirkt, dem weltgrößten CO<sub>2</sub>-Sünder China in die Hände spielt, aber dem Klima egal ist, tatsächlich weiterhin höchste Priorität haben sollte.

Außerdem sollte erkannt werden, dass wer immer noch von „Europäischer Technologiesouveränität“ fabuliert, wohl vieles nicht verstanden hat. ■

## Konfrontation oder Kooperation? Die Industrie muss zu neuer Stärke finden



Bei Palfinger rechnet man in den nächsten sechs bis neun Monaten mit weiteren großen Herausforderungen.

**Europa hat sich in den letzten Jahrzehnten vom Zugpferd der Weltwirtschaft zum Nachzügler entwickelt. Unternehmer sehen die Entwicklungen kritisch.**

In den stark exportorientierten österreichischen Unternehmen hat man eine sehr klare Sicht auf die zukünftigen Chancen auf den internationalen Märkten zwischen einer neu erstarkten USA und einer wachsenden chinesischen Wirtschaft. Die Unternehmer setzen auf Innovationen, internationale Niederlassungen und fordern die Anpassung der Rahmenbedingungen.

### Kluge Strategien erforderlich

„Die europäische, und insbesondere die österreichische, Industrie ist aktuell kostenseitig nicht wettbewerbsfähig. Die Lösung dieses Problems erfordert entschlossene wirtschaftspolitische Maßnahmen. Der Schwerpunkt liegt darauf, Kostennachteile durch Entbürokratisierung, Innovation und Technologie-

führerschaft auszugleichen“, ist Andreas Klauser, CEO von Palfinger, überzeugt. „Europa und Österreich müssen ihre Innovationsstärke weiter stärken. Gleichzeitig braucht die EU kluge Strategien, um auf potenzielle Zölle der USA zu reagieren und den eigenen Markt vor schädlichen Billigimporten zu schützen. Zölle sollten als strategisches Instrument verstanden und gezielt eingesetzt werden. Die USA unter Trump tun dies, China ebenso und Europa darf hier nicht zurückstehen“, so Klauser. Europa müsse Stellung beziehen und seine eigenen Interessen vertreten. Auch der europäische Binnenmarkt müsse besser genutzt werden, insbesondere der Kapitalmarkt. „Zwei von drei Technologie-Start-ups ziehen nach wie vor in die USA, weil sie dort bessere Finanzierungsmöglichkeiten finden. Unser uneinheitlicher Kapitalmarkt blockiert uns selbst. Darum braucht es

eine neue, aktive Kapitalkultur, die Investitionen als Chance begreift und mutig in die Zukunft blickt. Europa und seine Industrie haben das Potenzial, im globalen Wettbewerb mit den USA und China zu bestehen. Wir müssen uns nur selbst entfesseln.“

Standorte und Niederlassungen in verschiedenen Ländern zu haben ist für die Strategie von Palfinger unerlässlich: Mit der Einführung der GLOBAL PALFINGER ORGANIZATION (GPO) im Jahr 2019 wurden die nötigen Strukturen geschaffen, um als Global Player das volle Potenzial auszuschöpfen. Klauser: „Ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist für uns die Nähe zu unseren Kunden. Wenn ein Markt wächst, verstärken wir dort unsere Präsenz, um auf die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen der Kunden einzugehen. Dieses Prinzip „in der Region für die Region“ spiegelt sich auch in unserer Produktion und der Wahl unserer Partner wider. So treten wir etwa in den USA als lokaler Produzent auf, der gezielt auf die regionalen Anforderungen eingehen kann.“ Mit einem europaweiten Produktionsnetzwerk werden Synergien geschaffen, die Unternehmen mit eingeschränkter Standortflexibilität oft fehlen. Diese Vorteile stärken die gesamte Organisation und machen das Unternehmen widerstandsfähiger.

Wie schätzt man bei Palfinger die Entwicklung der Wirtschaft und des Unternehmens im nächsten Jahr ein? Dazu Klauser: „Europa, und hier besonders Deutschland und Österreich, befinden sich aktuell in einer schweren Rezession, die insbesondere die Industrie stark trifft – und vor allem jene Unternehmen, die eng mit der deutschen Automobilbranche verknüpft sind. Einige Betriebe müssen daher Umsatzeinbrüche und sinkende Gewinne durch Entlassungen ausgleichen. Klar ist: Die nächsten sechs bis neun Monate bleiben eine Herausforderung, insbesondere für Europa. Ab Mitte 2025 erwarten Wirtschaftsforscher jedoch eine Erholung. Auch Palfinger spürt die Auswirkungen der Rezession, besonders durch die schwächelnde Baubranche. Doch wir sind auf diese Entwicklungen vorbereitet. In den letzten Jahren haben wir wichtige Schritte unternommen, unsere Standorte zu modernisieren und ihre Resilienz gezielt zu stärken, um selbst in volatilen Zeiten handlungsfähig zu bleiben.“



Mit einem europaweiten Produktionsnetzwerk werden bei Palfinger Synergien geschaffen.

### Wettbewerbsnachteile ausgleichen

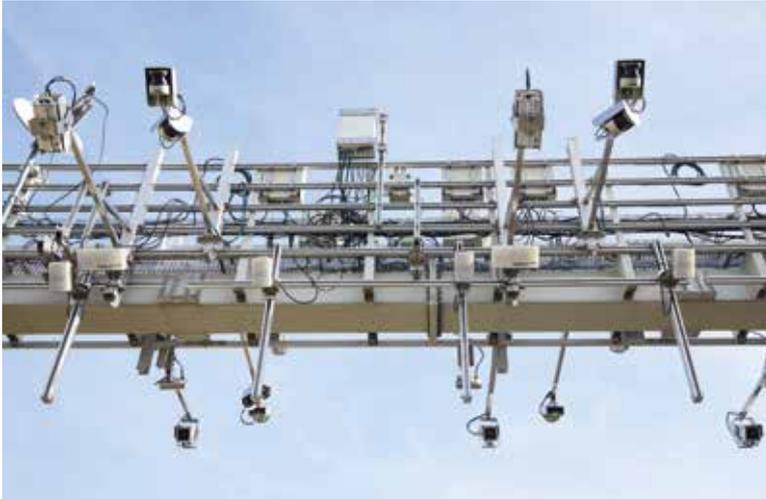
Um sich gegen die USA und China zu behaupten, müssen die heimischen Unternehmen versuchen auf breiter Ebene die europäische und österreichische Politik zu beeinflussen, die Rahmenbedingungen anzupassen, um wieder konkurrenzfähig zu sein „Denn unser Wettbewerbsnachteil liegt nicht an uns als Unternehmen! Andererseits müssen wir verstärkt in den Märkten, in denen wir tätig sind, lokalisieren. Dies bedeutet aber, dass sowohl F&E als auch Produktion abwandern werden“, stellt Georg Kapsch, CEO der Kapsch-Group in den Raum, und weiter: „Das ist der große Unterschied zu den USA oder China. Europa legt derzeit wenig Wert, unternehmerische Freiheit zu fördern. Im Gegenteil, immer

**„Europa und seine Industrie haben das Potenzial, im globalen Wettbewerb mit den USA und China zu bestehen. Wir müssen uns nur selbst entfesseln.“**

Andreas Klauser,  
CEO Palfinger



neue Regulierung und Bürokratie behindern uns, unsere Stärken und Innovationskraft und die unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszuspielen. So werden wir uns global aus dem Standort Europa



Die globalen und regionalen Entwicklungen sowie ihre Auswirkungen und Risiken werden bei Kapsch analysiert.

heraus nicht behaupten zu können. Wenn der Wettbewerb aus anderen Regionen unter weniger Regulierung agieren kann, tun wir uns selbst nichts Gutes. Hier brauchen wir mehr Bewusstsein für die Bedeutung unserer Unternehmen für den Erhalt unseres gemeinsamen Wohlstandes.“

Für Kapsch sind Innovationen zentral für die Wettbewerbsfähigkeit. „Zwar gibt es Anzeichen, dass wieder vermehrt protektionistische Ansätze populär werden, die Innovationen einschränken. Allerdings haben sich immer die besten Ideen durchgesetzt. Als Unternehmen, das traditionell viel in Forschung und Entwicklung investiert, sehen wir da auch weiterhin den Weg zum Erfolg.“ Österreich ist im internationalen Vergleich ein Land, in dem relativ



**„Das ist der große Unterschied zu den USA oder China. Europa legt derzeit wenig Wert, unternehmerische Freiheit zu fördern.“**

Georg Kapsch,  
CEO Kapsch-Group

viel in Forschung investiert wird – 2024 sind es circa 3,34 Prozent des BIP, der Großteil davon aus der Privatwirtschaft, damit ist Österreich im globalen Spitzenfeld. „Die Frage ist aber, ob diese Inno-

vationen auch bei uns wertschöpfend eingesetzt werden können. Da ist die Politik gefragt, Bedingungen zu schaffen, die eine Umsetzung von Innovationen in Marktvorsprung und Marktanteile ermöglichen“, so Kapsch.

Wie sieht er die Wichtigkeit von Standorten in verschiedenen Ländern? „Das ist primär abhängig von dem Geschäftsmodell des jeweiligen Unternehmens. Für uns ist es wichtig, in den Ländern, in denen wir aktiv sind, Niederlassungen zu haben, da wir äußerst komplexe Projekte mit vielen Partnern und Sublieferanten managen und ein Gutteil der Wertschöpfung auch in diesen Ländern generiert wird.“



Rund 4.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt Kapsch, verteilt auf alle Standorte.

Als weiteres Problem sieht er die gesamtwirtschaftlich immer noch sehr schwierigen Phase. „Die geopolitischen Entwicklungen lassen eine Beruhigung der Lage, Stichwort Ukraine oder auch Naher Osten oder das Agieren Chinas, nicht mit Sicherheit erwarten, was natürlich auch künftig Risiken mit sich bringt. Die Auswirkungen der politischen Veränderungen werden wir erst in Zukunft spüren. Wir selbst verfolgen konstant die verschiedenen globalen und regionalen Entwicklungen und analysieren die potenziellen Auswirkungen, die unser eigenes Geschäft betreffen können. Das ist eine grundlegende Notwendigkeit, um rasch auf sich verändernde Rahmenbedingungen reagieren zu können



Der Verpackungs- und Recyclingspezialist ALPLA ist weltweit in 47 Ländern tätig.

### Niederlassungen auf allen Kontinenten

Bei ALPLA, einem der weltweit führenden Hersteller von Verpackungslösungen aus Kunststoff, sieht man Europa zurzeit allgemein als ein sehr schwieriges Pflaster. „Es gibt Felder, in denen das Know-how und der Vorsprung zum Rest der Welt da sind, jedoch nimmt dieser Vorsprung ab und in einigen Bereichen wurden wir schon überholt. Auch sind die Rahmenbedingungen, um Neues zu entwickeln nicht sehr vorteilhaft aufgrund von Überregulierung und damit einhergehenden Kosten. Wir haben in Österreich in der relevanten europäischen Vergleichsgruppe mit die höchsten Lohnnebenkosten und auch sehr hohe Lohnkosten. Das ist ein klarer Nachteil. Auch die Förderprogramme greifen nicht wie gewünscht, weil sie sehr kompliziert aufgebaut sind“, gibt sich ALPLA CEO Philipp Lehner kritisch.

Innovationen sind wichtige Treiber für den Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit von ALPLA. „Wir zählen zu den Innovationsführern unserer Industrie, weil wir bereit sind zu investieren und für ein Unternehmen unserer Größe sehr agil zu handeln. In allen Regionen weltweit gibt es Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Rahmen der Produktentwicklung für den Bereich Innovation tätig sind und in Zusammenarbeit mit Kunden und Partnern Trends identifizieren und ihnen nachgehen“, erklärt Lehner. Stand-



Innovationen sind für ALPLA wichtig, um international wettbewerbsfähig zu sein.

orte und Niederlassungen auf allen fünf Kontinenten zu haben, ist für ALPLA dabei unabdingbar. „Zusätzlich macht uns unsere breite geografische Präsenz weniger abhängig von einzelnen Märkten, was auch zu unserer finanziellen Resilienz beiträgt“, so Lehner. Wie sieht er die Entwicklung seines Unternehmens? „Unser Geschäft hat sich im ersten Halbjahr 2024 gut entwickelt und wir sind gewachsen. Das zweite Halbjahr ist stabil, weshalb wir 2024 stärker ab-

**„Die Rahmenbedingungen, um Neues zu entwickeln sind nicht sehr vorteilhaft aufgrund von Überregulierung und damit einhergehenden Kosten.“**

**Philipp Lehner,  
CEO ALPLA**



schließen sollten als das Vorjahr. Wir gehen für Anfang des nächsten Jahres von einem ähnlichen Niveau aus. In Österreich ist das Bild etwas durchgewachsen, vor allem auf der Kostenseite mit allgemeiner Inflation, Energiepreisen und vor allem auch den KV-Abschlüssen. Wir stehen vor der Herausforderung, auch in Zukunft nachhaltig wettbewerbsfähig zu bleiben. Das geht nur über höhere Effizienz und relevante Produktneuerungen.”

Autorin: Herta Scheidinger



Dr. Stefan Ederer, Ökonom vom WIFO, empfiehlt die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exportwirtschaft zu sichern.

## „Es braucht Zuversicht, um die Konjunktur wieder anzukurbeln.“

Dr. Stefan Ederer, Ökonom vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), spricht über die anhaltende Rezession, ihre Ursachen und mögliche Wege aus der Krise.

Österreichs Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen: Eine anhaltende Rezession, steigende Energiepreise und eine schwache globale Nachfrage setzen Unternehmen unter Druck. Dr. Stefan Ederer vom WIFO analysiert im Interview die Gründe für das schwache Wachstum, die Risiken für den Standort und welche Maßnahmen dringend nötig

sind, um die Konjunktur wiederzubeleben.

*Das WIFO erwartet für 2024 einen Rückgang des BIP um 0,6 Prozent und nur ein leichtes Wachstum von 1 Prozent im Jahr 2025. Welche Kernfaktoren stehen hinter dieser Entwicklung, und wie bewerten Sie die besondere Tiefe und Dauer der aktuellen Rezession?*

Foto: beigestellt

Stefan Ederer: Zwei zentrale Faktoren prägen die schwache Wirtschaftslage: Erstens bleibt der private Konsum ungewöhnlich verhalten. Normalerweise stützt er die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auch in Abschwungphasen, doch in den Jahren 2023 und 2024 stagnierte die Konsumnachfrage, was einen erheblichen Teil des fehlenden Wachstums erklärt. Zweitens leiden Investitionen und Exporte. Die Exportwirtschaft kämpft mit einer konjunkturellen und strukturellen Nachfrageschwäche, während die Bauwirtschaft nach einem Boom nun schon mehrere Jahre in Folge schrumpft. Die Rezession ist sowohl in der Industrie als auch im Bau ungewöhnlich hartnäckig.

**Laut WIFO-Prognose 2024 soll die Inflation weiter sinken. Inwiefern ist dies ein Fortschritt in Richtung Preisstabilität?**

Die Inflation sinkt wie erwartet langsam und liegt derzeit unter zwei Prozent, vor allem dank gesünder Energiepreise. Im nächsten Jahr dürfte sie sich nahe der Zielmarke der Europäischen Zentralbank von zwei Prozent stabilisieren, wodurch auch die Lohnsteigerungen wieder moderater ausfallen werden. Allerdings bleiben viele Preisverschiebungen aus der Hochinflationphase bestehen. Energiepreise in Europa bleiben voraussichtlich länger höher als etwa in den USA. Innerhalb der EU gibt es ebenfalls Veränderungen: Länder wie Spanien haben durch wettbewerbsfähigere Preise ihre Exporte deutlich gesteigert. Österreich muss darauf achten, hier nicht ins Hintertreffen zu geraten.

**Mit einem Rückgang der Industrieproduktion um vier Prozent und einem Exportrückgang von 3,5 Prozent steht die österreichische Wirtschaft unter starkem Druck. Welche kurz- und mittelfristigen Konsequenzen sehen Sie hier, und welche realistischen Chancen auf eine Stabilisierung in 2025?**

Die österreichische Industrie steckt derzeit in einer Krise. Grund dafür ist die schwache globale Nachfrage nach Industriegütern, besonders aus China. Das Wirtschaftswachstum dort hat sich verlangsamt, während die chinesische Industrie ihren Werterschöpfungsanteil stetig erhöht. Beides führt zu

einer geringeren Nachfrage nach westlichen Industriegütern. Zudem bleiben die Energiepreise in Europa deutlich über dem Niveau von 2019. Österreich und Deutschland sind durch ihre Industriestruktur besonders stark von diesen Entwicklungen betroffen.

**Die deutsche Automobilindustrie befindet sich in einer Krise. Welche Auswirkungen erwarten Sie auf den österreichischen Zulieferermarkt?**

Die Auswirkungen sind schon deutlich zu spüren. Die Produktion in der österreichischen Kfz-Industrie und im Maschinenbau sinkt seit eineinhalb Jahren. Es gibt aber auch Unterschiede: Während im Maschinenbau ähnlich viel produziert wird wie

**„Die Energiepreise in Europa bleiben deutlich über dem Niveau von 2019. Österreich und Deutschland sind durch ihre Industriestruktur besonders stark von diesen Entwicklungen betroffen.“**

2019, liegt das Niveau in der Kfz-Industrie deutlich darunter. Hier schlägt sich die Schwäche der deutschen Automobilindustrie nieder. Es ist zu erwarten, dass diese noch anhält, insbesondere weil sie auch strukturelle Ursachen hat. Chinesische Haushalte und Unternehmen kaufen weniger deutsche Autos als früher. Dieser Trend wird sich nicht so schnell wieder umkehren.

**Kleine und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft. Wie wird sich ihre Lage 2025 voraussichtlich entwickeln?**

KMUs leiden natürlich stark unter der Nachfrageschwäche in der Industrie und Bauwirtschaft. Das zeigt sich unter anderem an den steigenden Insolvenzzahlen. Beide Bereiche werden 2025 erst langsam Schwung gewinnen. Es gibt aber in Österreich viele KMUs, die Produkte hoher Qualität und Wett-

bewerbsfähigkeit produzieren und sich auch in der globalen Nachfrageschwäche behaupten können. Je schneller die Konjunktur wieder Fahrt aufnimmt, desto eher können sie die Schwächephase überstehen.

**Die Investitionsbereitschaft der KMUs ist laut einer aktuellen Umfrage auf den niedrigsten Stand seit 1997 gesunken. Wie kann dieser Trend umgekehrt werden?**

In einer Rezession halten sich Unternehmen mit Investitionen zurück, da die Unsicherheit über die

**„Eine Haushaltskonsolidierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde die Konjunktur bremsen und ihr Ziel verfehlen, da die Staatsausgaben steigen und Einnahmen sinken würden.“**

wirtschaftliche Entwicklung groß ist. In Österreich ist die Unternehmensstimmung aktuell so schlecht wie seit Langem nicht, weshalb die Investitionen in Maschinen und Anlagen laut unserer Prognose auch im nächsten Jahr weiter zurückgehen werden. Entscheidend ist, Unternehmen und Verbrauchern Zuversicht zu vermitteln, damit die Konjunktur wieder an Fahrt gewinnt. Das erfordert eine klare Perspektive, wie Österreichs Wirtschaft aus der Rezession herausgeführt werden kann.

**Die Arbeitslosenquote wird für 2024 auf 7 Prozent und für 2025 auf 7,2 Prozent geschätzt. Welche strukturellen Maßnahmen sind notwendig, um die Lage am Arbeitsmarkt zu verbessern und eine längerfristige Stabilisierung zu erreichen?**

Der Arbeitsmarkt hat die Krise bislang vergleichsweise gut überstanden. Zwar ist die Arbeitslosenquote in den letzten zwei Jahren merklich gestiegen, liegt aber noch unter dem Niveau von 2015. Damals

stieg die Arbeitslosigkeit in einer längeren Phase schwacher Konjunktur (2011–2015) stark an, ging jedoch in der darauffolgenden Hochkonjunktur bis 2019 deutlich zurück. Ähnliches ist zu erwarten, wenn die Konjunktur wieder Fahrt aufnimmt. Wichtig ist, rechtzeitig für ausreichend gut qualifizierte Arbeitskräfte zu sorgen. Bildung spielt dabei eine zentrale Rolle, insbesondere für Menschen aus dem Ausland. Gerade in der Berufsbildung sind Unternehmen gefragt, da Fachausbildungen mehrere Jahre dauern und frühzeitig beginnen müssen. Die öffentliche Hand sollte dies wegen der angespannten Finanzlage vieler Unternehmen gezielt unterstützen, um den Fachkräftemangel nicht zu verschärfen.

**Das Budgetdefizit wird für 2024 auf 3,7 und für 2025 auf 4,0 Prozent des BIP geschätzt. Welche Auswirkungen hat das auf die wirtschaftliche Stabilität?**

Die Folgen eines hohen Budgetdefizits zeigen sich vor allem mittelfristig, wenn steigende Zinszahlungen den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum einschränken. Da Staatsschulden meist langfristig finanziert werden, dauert es, bis sich die durchschnittlichen Zinsen an das allgemeine Zinsniveau anpassen. Der implizite Zinssatz auf Staatsschulden ist seit der Finanzkrise kontinuierlich gesunken und erst 2023 wieder gestiegen. Dieser Anstieg dürfte sich in den kommenden Jahren fortsetzen, selbst wenn die Europäische Zentralbank ihre Zinsen nun senkt.

**Wie könnte eine neue Regierung das Defizit konsolidieren, ohne das Wachstum zu bremsen?**

Das Problem an einer Haushaltskonsolidierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist, dass sie die schwache Konjunktur noch weiter bremst und so ihr Ziel verfehlen würde, weil dadurch auch die Staatsausgaben steigen und die Staatseinnahmen sinken. Da die Schuldenquote in Prozent des BIP gemessen wird, ist Wirtschaftswachstum das effektivste Mittel, um sie zu senken. Ohne Wachstum sind die Chancen auf eine Reduzierung der Schuldenquote gering, es sei denn, der Staat greift drastisch ein. Am sinnvollsten wäre ein mittelfristiges Sparpro-

gramm, das erst greift, wenn die Konjunktur wieder anzieht, und dann konsequent im nächsten Aufschwung umgesetzt wird. So ein Plan lässt sich gut kommunizieren, ohne die aktuell nötige Zuversicht zu gefährden.

***Überregulierung und Bürokratie werden häufig als Wachstumshemmnisse genannt. Wie bewerten Sie deren tatsächliche Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen, und welche Maßnahmen zur Entlastung sind für Sie vordringlich?***

Überregulierung und Bürokratie sind gerade für kleine und mittlere Unternehmen eine Belastung, weil sie nicht über die entsprechenden Personalressourcen verfügen. Es ist daher immer notwendig, Regulierungen regelmäßig auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen und behördliche Abläufe möglichst zu vereinfachen. Das würde gerade KMUs von unnötigen Lasten befreien und so die österreichische Wirtschaft stärken.

***Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen empfehlen Sie, um die österreichische Wirtschaft in den kommenden Jahren zu stärken?***

Kurzfristig ist es wichtig, den Menschen wieder Zuversicht zu vermitteln. Das gelingt nur, wenn sich die neue Regierung auf ein Programm mit einer klaren Perspektive einigt. Mittelfristig sollten Ausgaben, die in der Corona- und Energiekrise getätigt wurden, wieder eingespart werden. Längerfristig geht es vor allem um die Sicherung des Standorts. Für ein hochproduktives Land wie Österreich bedeutet das, weiterhin stark in die Bildung und in die Forschung zu investieren. Die Herausforderungen der Energiewende bleiben hoch und müssen ge-



meistert werden, stellen aber auch viele Chancen für die österreichische Wirtschaft dar.

***Wie sehen Sie die langfristigen Perspektiven für die österreichische Wirtschaft über 2025 hinaus?***

Die Perspektiven für die österreichische Wirtschaft sind aus meiner Sicht intakt. Bis die Folgen der gestiegenen Energiepreise und die strukturellen Verschiebungen der globalen Nachfrage verdaut sind, dauert es naturgemäß eine gewisse Zeit. Die österreichischen Unternehmen haben aber in der Vergangenheit bewiesen, dass sie anpassungsfähig sind. Es gibt auch in Österreich etliche Beispiele für erfolgreiche Diversifizierungen. ■

Autor: Stephan Scoppetta

# Erfolgsmodell Umwelttechnikwirtschaft: Wachstum, Innovation, Export

„Green Tech“ ist ein Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Notwendigkeit, den ökologischen Fußabdruck der Wirtschaft zu reduzieren, hat auch die Bedeutung von entsprechenden technologischen Lösungen stark zunehmen lassen.

Unser gesamtes Wirtschaftssystem steht vor der Herausforderung, mit weniger Energiebedarf, geringerem Ressourceneinsatz und reduzierten Treibhausgasemissionen auszukommen, und das nach Möglichkeit ohne Rückgang der Produktionsleistung. Zahlreiche Technologiebereiche sind zur Erreichung dieser Ziele maßgeblich: erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Abfallbehandlung, Recycling, Kreislaufwirtschaft, Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, Luftreinhaltung, Emissionsschutz, Lärmschutz, nachhaltiges Bauen und Sanieren, Wärmeversorgung, Umweltbeobachtung und Mess-, Steuer- und Regeltechnik. Aufgrund der ungebrochen großen Bedeutung von „Green Tech“ ist die österreichische Umwelttechnikwirtschaft trotz eines schwierigen Umfelds nach wie vor ein besonders expansiver Teil der österreichischen Wirtschaft. Dies zeigen die Ergebnisse der Anfang dieses Jahres vom Industriewissenschaftlichen Institut (IWI) im Auftrag von BMK, BMAW und WKÖ durchgeführten Erhebung der österreichischen Umwelttechnikwirtschaft.

Die langfristige Entwicklung der Umwelttechnik-Industrie – womit Unternehmen bezeichnet werden, die umwelttechnische Güter und Technologi-

en herstellen – zeigt eine kontinuierliche Steigerung bei Umsatz, Exporten und Beschäftigten seit den neunziger Jahren. Nicht einmal die großen Krisen der letzten Jahre wie COVID-19 und der Ukraine-Krieg haben das Wachstum der Umwelttechnik-Industrie unterbrechen können.

Die österreichische Umwelttechnikwirtschaft ist in nahezu allen relevanten Technologiebereichen vertreten. Dabei zeigt sich in der Umwelttechnik-Industrie eine Konzentration auf die Bereiche erneuerbare Energie, Energieeffizienz und Wasser/Abwasser, im Dienstleistungssektor ganz besonders auf Abfall, Recycling, Kreislaufwirtschaft, aber auch auf Wasser/Abwasser. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass die Mehrheit der Unternehmen in mehreren Technologiebereichen zugleich aktiv sind. Von allen Umwelttechnikunternehmen sind 22 % in zwei, 15 % in drei, 8 % in vier und 12 % in mehr als vier Technologiebereichen zugleich aktiv. Viele österreichische Unternehmen haben also die zunehmende Bedeutung von komplexeren Systemlösungen im Umwelttechnikangebot erkannt und richten ihr Produkt- und Dienstleistungssortiment entsprechend aus.

Der zunehmend komplexen Natur umwelttechnischer Problemstellungen und Lösungen entsprechend rege ist die Innovationsaktivität der Umwelttechnikwirtschaft. Fast zwei Drittel der Unternehmen haben in den letzten drei Jahren eine Innovation eingeführt bzw. umgesetzt; 66 % der Industrie- und 62 % der Dienstleistungsunternehmen. Der größte Teil der zwischen 2021 und 2023 eingeführten Innovationen betrifft die angebotenen Produkte (Güter und Technologien). Etwas geringer ist die Innovationsaktivität bei den von der Industrie angebotenen Dienstleistungen und bei den eingesetzten Herstellungsverfahren. Die meisten Inno-

## Entwicklung der österreichischen Umwelttechnikwirtschaft 2023 gegenüber 2019: Unternehmen, Umsatz, Beschäftigte

	Anzahl der Unternehmen	Umsatz (Mrd. EUR)	Anzahl der Beschäftigten
2023	3.326	21,42	57.832
2019	2.732	15,24	51.470
Veränderung	21,7%	40,6%	12,4%
Durchschnittliches jährliches Wachstum	5,0%	8,9%	3,0%

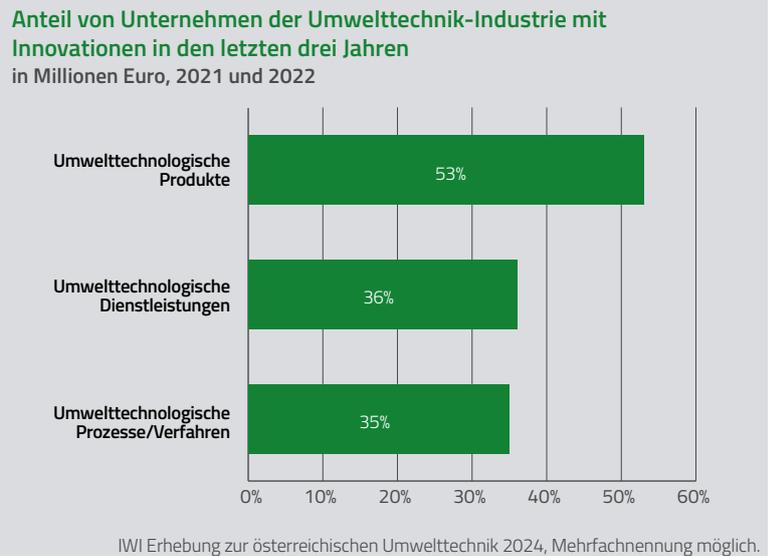
Quelle: IWI Erhebung zur österreichischen Umwelttechnik 2024, IWI-Hochrechnungen

vationen bestehen in mehr als kleineren, inkrementelle Verbesserungen. In der Umweltechnik-Industrie schätzen 52 % der Unternehmen ihre Innovationen als Marktneuheit ein, zumeist auf dem Heimmarkt, aber immerhin 45 % sogar auf Märkten im Ausland. Die hohe Innovationsaktivität erfordert einen entsprechend hohen F&E-Mitteinsatz. In der Umweltechnik-Industrie liegt die F&E-Quote 2023 bei 7,2 %. Dies stellt eine leichte Zunahme gegenüber 2019 (7,0 %) dar und ist höher als die F&E-Quote im Nicht-Umweltechnik-Bereich (6,6 %). Bei den Umweltechnik-Dienstleistungsunternehmen ist das Bild ähnlich, wenn auch auf etwas niedrigerem Niveau: 6,3 % gegenüber 5,0 % (2019) und 5,5% im Nicht-Umweltechnik-Bereich.

Viele der Märkte der Umweltechnikwirtschaft liegen im Ausland – in der Industrie setzen 55 % der Unternehmen ihre Produkte auch im Ausland ab. Bei den Umweltechnik-Dienstleistungsunternehmen ist der Anteil kleiner, beträgt aber immer noch bemerkenswerte 38 %. In der Umweltechnik-Industrie liegt die Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) bei sehr hohen 80 %. Bei den Dienstleistungsunternehmen liegt die Exportquote mit 30 % wesentlich niedriger.

Gemeinsam mit den Ländern außerhalb der EU sorgt der europäische Markt für 75 % der Exportumsätze der Umweltechnik-Industrie und für 90 % der Exportumsätze der Dienstleistungsunternehmen. Der Rest der Auslandsumsätze der Industrie verteilt sich auf die beiden Amerikas, auf Asien und den Nahen Osten. Betrachtet man die wichtigsten europäischen Exportpartner, dann erkennt man die große Bedeutung der Nachbarländer. Die größte Bedeutung kommt Deutschland zu, gefolgt von Italien und der Schweiz. Danach folgen aber fast durchwegs die anderen Nachbarländer wie Slowenien, Tschechien, Kroatien, Ungarn und die Slowakei. Dieser „Nachbarblock“ wird nur von Rumänien durchbrochen. Das zeigt die Bedeutung der Exportverflechtungen der Umweltechnikwirtschaft mit der unmittelbaren Nachbarschaft.

Die Ergebnisse der aktuellen Erhebung der österreichischen Umweltechnikwirtschaft zeigen eine



ungebrochen dynamische Entwicklung dieses Bereichs. Die Umweltechnikwirtschaft hat sich auch während der COVID-19-Pandemie und der Energiekrise in Folge des Ukraine-Kriegs besser als der Rest der österreichischen Wirtschaft entwickelt. Die Nachfrage nach umwelttechnischen Produkten ist vergleichsweise stabil. Zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten liegen in den Auslandsmärkten, insbesondere in den Wachstumsmärkten in Asien, Afrika und dem Nahen Osten.

Doch viele Länder, die als Exportchance wahrgenommen werden, bauen einen eigenen Umweltechniksektor auf und treten zunehmend in Konkurrenz zu Österreich. Unternehmen aus vielen Teilen der Welt – nicht nur aus China – werden zunehmend international wettbewerbsfähig. Auch für die österreichische Umweltechnikwirtschaft wird das Umfeld zusehends rauer. Um die weitere dynamische Entwicklung sicherzustellen, sind wirtschafts- und industriepolitische Maßnahmen in Österreich und der EU, die die Konkurrenz- und Innovationsfähigkeit stärken, von größter Bedeutung. Im Fokus sollten dabei insbesondere die hohen Faktorkosten (Energie, Arbeit), effizientere Bewilligungsverfahren und stabile rechtliche Rahmenbedingungen für die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der Umweltechnikwirtschaft stehen.

Autor: Dr. Alexander Kaufmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am IWI mit dem Schwerpunkt Umwelt, Technik und Wirtschaft.



## Zukunftssichere Energieversorgung der Industrie

EU-Gesetzesrahmen verursacht mehr und mehr kontraproduktive Effekte. Das Projekt "Zukunftssichere Energieversorgung der Industrie" gibt Aufschluss.

Die standortpolitischen Herausforderungen für die Industrie in Europa sind mittlerweile enorm. Vieles, was in der vergangenen EU-Gesetzgebungsperiode – unter anderem im Rahmen des Green Deal – beschlossen worden war, war zwar gut gemeint, verursacht nun aber zunehmend kontraproduktive Effekte: „Der Klimaschutz kostet ganz konkret - nicht nur Geld, sondern auch Produktionslinien, Standorte und Arbeitsplätze – wenn er nicht gut gemanagt wird“, so Andreas Mörk, Geschäftsführer der Bundessparte Industrie in der WKÖ.

### EU-Institutionen warnen

Warnrufe etablierter Institutionen wie der Europäischen Zentralbank sollten daher nicht ignoriert werden. Diese hatte beispielsweise in einem Working Paper das Investitionsverhalten von 1,2 Mio. europäischen Unternehmen bei steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen untersucht und keinen Zusammenhang zwischen höheren CO<sub>2</sub>-Preisen und Emissionsreduktionen in der CO<sub>2</sub>-intensiven Produktion festgestellt. Sehr wohl komme es aber in nachfrageorientierten Branchen zu einem relativen Rückgang der Investitionen, der Verkäufe und der Beschäftigung. Überraschenderweise neigen weniger CO<sub>2</sub>-intensi-

ve Unternehmen und Sektoren dazu, ihre Investitionen nach einer Preiserhöhung stärker zu reduzieren als ihre CO<sub>2</sub>-intensiveren Pendanten. Damit werde, so die EZB, das Ziel der Politik, Anreize für die Verringerung der Emissionen von Unternehmen mit hohen Emissionen zu schaffen, in der Realität konterkariert. Der EU-Rechnungshof wiederum hatte in einem Sonderbericht die politischen Zielvorgaben für Import und Produktion von grünem Wasserstoff als unrealistisch bewertet, weil Voraussetzungen in der EU fehlen. Mittlerweile wurde zwar mit dem EU-Wasserstoff- und Gasmarktpaket ein rechtlicher Rahmen bestimmt, der noch national umgesetzt werden muss, und die ersten Auktionen der EU-Wasserstoffbank abgehalten. Dennoch: Viele H<sub>2</sub>-Investitionen im Umfeld der Industrie werden derzeit auf Eis gelegt oder vorerst abgesagt, denn die Preise für grünen Wasserstoff liegen bei einem Vielfachen von jenem aus fossiler Herkunft.

### 100 % Dekarbonisierung und die Folgen

Die Klima-, Energie- und Standortpolitik wird von vielen Einflussfaktoren und Spielregeln bestimmt. Die Bundessparte Industrie hat daher in Zusammenarbeit mit dem Institut für industrielle Ökologie

(IÖ), dem Energieinstitut der Wirtschaft (EIW) und dem Industriewissenschaftlichen Institut (IWI) das Projekt „Zukunftssichere Energieversorgung der Industrie“ ins Leben gerufen und im vergangenen Jahr 2024 die Folgen einer potenziellen 100 %-Dekarbonisierung der Industrie in einer Simulation durchgerechnet. Die Ergebnisse in einer knappen Übersicht: Eine vollständige Dekarbonisierung der Industrie braucht deutlich mehr Energie als bisher angenommen – trotz neuer Technologien und trotz weiterer Effizienzfortschritten. Sogar ein Anstieg des Brutto-Energieeinsatzes der Industrie gegenüber heute wäre der Fall. Zwei wesentliche Faktoren sind ausschlaggebend: Erstens der erhöhte Wasserstoff-Bedarf bei Eisen & Stahl bei der sogenannten „Direkt-Reduktion“. Und zweitens die künftige Bereitstellung der Grundstoffe für eine „dekarbonisierte Petrochemie“, welche weiterhin die Basis für die Herstellung von z. B. Kunststoffen, Lacken, Baustoffen, Dämmstoffen, ... bilden muss. Ausgangspunkte für diese Grundstoffe wären dann unter anderem große Mengen an Methanol, Ethanol oder Biomasse. Der insgesamt bewirkte Anstieg im Energiebedarf ist damit höher als der Rückgang durch den Totalausstieg aus der Rohölverarbeitung.

Aber auch im Bereich der Elektrifizierung würde es zu großen Verschiebungen kommen: Durch die verstärkte Verwendung von Strom für Prozesswärme und im Industrie-Verkehr würde hier bei voller Dekarbonisierung mehr als eine Verdoppelung des Stromeinsatzes gegenüber 2021 vorliegen. Effizienzsteigerungen in den anderen großen Bereichen wie Verkehr, bei Prozesswärme und der Niedertemperatur-Wärme könnten die Anstiege v.a. bei Strom und Wasserstoff nicht kompensieren.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Gesamt-Energiebedarf aller Sektoren bei 100 % Dekarbonisierung höher sein würde als der Gesamtwert aller technisch machbaren erneuerbaren Energie-Potenziale. Die Potenziale bei der Stromproduktion sind durchaus beachtlich, wenn ein maximaler Ausbau gelänge. Es gibt aber Herausforderungen bei der jahreszeitlichen Verfügbarkeit von Strom und beim Ausbau der Netze. Die Biomasse-Potenziale sind zwar groß, allerdings müssten die zuwachsen-

den (Holz-)Mengen auch mobilisiert werden können, künftige Naturschutz- und Renaturierungs-Anforderungen wären ebenfalls zu berücksichtigen. Daher das Fazit der Autoren: Nur wenn die Rahmenbedingungen optimal gestaltet werden, können die realistischen Erneuerbaren-Potenziale auch tatsächlich ausgeschöpft werden. ■

Autor: Mag. Richard Guhsl

### Voraussetzungen optimieren

- **Ausreichende Versorgung mit erneuerbarer Energie (Strom, Wasserstoff, Bio-Methan, Biomasse ...) zu international vergleichbaren Preisen sind unbedingt für die Konkurrenzfähigkeit der Industrie in Österreich und Europa notwendig. Die Industriebetriebe müssen zwar die Prozessumstellung selbst vornehmen, sind aber nicht in der Lage auch die benötigten Energiemengen bereitzustellen.**
- **Ausschöpfung der Potenziale im Inland, rasche Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energieanlagen und den Ausbau der Netze von Strom und Gas. Infrastruktur für den Transport und die Versorgung mit erneuerbaren Gasen und Wasserstoff.**
- **Anschluss an internationale Versorgungssysteme mit erneuerbarer Energie zur Abdeckung von nationalen Engpässen über Importe.**
- **Aufbau von Speichersystemen, um die Versorgung auch unter Berücksichtigung der vielen dezentralen Erzeuger mit schwankender Leistung zu gewährleisten.**
- **Zusammenschluss von industriellen und kommunalen Abwärmequellen zu Anergienetzen als Wärmequelle mit konstanter Temperatur für Wärmepumpen.**
- **Für die zukünftig notwendige Abscheidung und Nutzung bzw. Speicherung von CO<sub>2</sub> ist wegen des Verbots in Österreich ein Anschluss an Leitungsnetze zu Speicherprojekten in Europa notwendig.**



Die Palette der Produkte der Spielentwickler reicht von Entertainment Games über Education Games bis hin zu Serious Games.

## Die heimische Game Development Branche

Nachdem eine Vorgängeruntersuchung bereits sechs Jahre zurück liegt, beschäftigt sich eine im Oktober 2024 fertiggestellte Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts (IWI) mit der wirtschaftlichen Bedeutung und Dynamik der Spieleentwicklung (Game Development) in Österreich.

Die Branche, die in den letzten sechs Jahren ein enormes Wachstum erlebte, ist geprägt von vorwiegend kleinen und kleinsten Unternehmen, mit überdurchschnittlich jungen, gut ausgebildeten und hoch motivierten Mitarbeitern. Die Studie im Auftrag des Fachverbands der Unternehmensberatung, Buchhaltung und Informationstechnologie (UBIT) umfasst neben einer Befragung der Spieleentwicklungsunternehmen mit einem breit angelegten Fragespektrum auch die Untersuchung der volkswirtschaftlichen Effekte der Branche. Spezielle Schwerpunkte widmen sich den sogenannten Serious Games, einem Teilbereich der Spieleentwicklung, der angesichts der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft und des Lernens großes Potenzial aufweist, und der Ausbildung zu Game Development in Österreich.

Für die Größenabschätzung der Game Development Branche und die Durchführung der Befragung aktualisierte das IWI seine Datenbank der heimischen Spieleentwickler. Es sind derzeit 149 Unternehmen aktiv in Österreich in der Spieleentwicklung tätig. Gegenüber 2018, dem Bezugsjahr der Vorgängerstudie, als 87 aktive Unternehmen in Österreich gezählt wurden, stellt dies ein Wachstum von 71,3 % dar. Die „Community“ der Spieleentwickler ist sehr stark vernetzt. Auch die hohe Rücklaufquote der Befragung von 53,7 % ist ein Hinweis auf die

große Verbundenheit der Unternehmen mit ihrer Branche.

In der Branche sind überwiegend Klein- und Kleinstunternehmen und nur wenige Mittelunternehmen tätig. Mehr als 81 % der Unternehmen haben nicht mehr als neun Beschäftigte. 24 Unternehmen (16 %) beschäftigen zehn bis 48 Personen und vier Unternehmen (2,7 %) haben 50 oder mehr Beschäftigte. 81 der 149 Spieleentwicklungsunternehmen (54 %) sind in Wien beheimatet. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Vorgängerstudie ist der Anteil der größeren Unternehmen (Klein- und Mittelbetriebe) im Verhältnis zu den Kleinstunternehmen etwas gewachsen. Der Anteil der Wiener Unternehmen hat sich seit 2018 abgeschwächt.

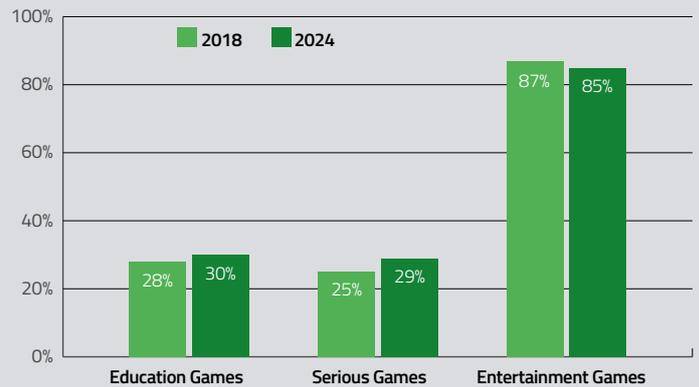
Die Unternehmen der heimischen Spieleentwickler (ohne Berücksichtigung von Unternehmen, die analoge Spiele oder Glücksspiele produzieren) bringen die unterschiedlichsten Produkte hervor. Die Palette reicht von Entertainment Games über Education Games bis hin zu Serious Games, das sind Spiele, deren Zweck über den reinen Unterhaltungswert hinausgeht. In der Befragung geben 85 % der Befragten an, Entertainment Games zu entwickeln. 29 % entwickeln Serious Games und 30 % Education Games. Im Vergleich zu 2018 hat der Stellenwert von Serious und Education Games zugenommen.

In der Befragung zeigen sich die Game Developer für die Zukunft deutlich weniger optimistisch als noch vor sechs Jahren. Vor allem die Gruppe jener, die in den kommenden drei Jahren deutliche Umsatzzuwächse von 10 % und mehr vorhersehen, ist von 57 % (in 2018) auf 41 % (in 2024) gefallen. Die Wachstumseuphorie von der Periode vor und auch noch während der Corona-Pandemie hat sich eingebremst. Auch die derzeitige Konsumzurückhaltung spürt man.

Aus dem Vergleich der IWI-Datenbank der österreichischen Spieleentwicklungsunternehmen mit derjenigen von vor sechs Jahren kann man das starke Wachstum der Branche ersehen. Neben dem Wachstum bei der Anzahl der Unternehmen beobachtet man ein noch größeres Wachstum von 127,8 % bei der Beschäftigung. Der Umsatz (nach Bereinigung um die Preisentwicklung) ist zwischen 2017 und 2023 noch stärker gewachsen, + 183,6 %. Das starke Wachstum der vergangenen sechs Jahre wird sich wahrscheinlich während der nächsten sechs Jahre nicht wiederholen lassen.

Die österreichische Spieleentwicklungsbranche existiert nicht isoliert für sich, sondern sie ist auf vielfältige Weise mit der österreichischen Wirtschaft verknüpft. Dadurch hat ihre wirtschaftliche Tätigkeit nicht nur direkte Effekte, sondern auch indirekte und induzierte Effekte auf die gesamte Wirtschaft. Mit Hilfe der Input-Output-Analyse können diese gesamtwirtschaftlichen Effekte quantifiziert werden. Die österreichische Spieleentwicklungsbranche generiert in der Gesamtwirtschaft einen Umsatz von 188,7 Mio. EUR. Davon entfallen 92,8 Mio. EUR auf den Umsatz direkt bei den Spieleentwicklungsunternehmen. 43,7 Mio. EUR kommen durch die indirekten Effekte in den vorgelagerten Unternehmen der Wertschöpfungskette dazu und durch die induzierten Effekte werden im Wege von zusätzlichem Konsum und Investitionen zusätzliche 52,2 Mio. EUR ausgelöst. Bei der Wertschöpfung sind die gesamten Effekte für die österreichische Wirtschaft 96,9 Mio. EUR, von denen 47,1 Mio. EUR direkt bei den Spieleentwicklungsunternehmen anfallen. Die gesamte durch die Spieleentwicklung ausgelöste Beschäftigung in Österreich summiert

Projektart der entwickelten Spiele, 2018 und 2024 im Vergleich



Anm.: n=80, alle Respondenten, Mehrfachnennungen möglich; Quelle: IWI (2020)

sich auf 2.257 Arbeitsplätze. Direkt bei den Spieleentwicklungsunternehmen sind 1.080 Personen beschäftigt.

Ein besonderer Teil der Studie, basierend auf der Befragung und auf Fallstudien und Experteninterviews, ist dem Thema Serious Games gewidmet. Serious Games sind Spiele mit einem über den Unterhaltungswert hinausreichenden Ziel. Sie umfassen mehr als die bloße Gamification, bei welcher nur einzelne spielerische Elemente in eine Software aufgenommen werden. Serious Games finden im Zuge der Digitalisierung immer mehr Akzeptanz und Verbreitung, da interaktives und spielerisches Lernen im Trend liegen. Obwohl es sich noch immer um einen Nischenbereich mit etwa 20 bis 30 Unternehmen in Österreich handelt, die Serious Games schwerpunktmäßig anbieten, ist auch dieser Teilmarkt in den letzten Jahren stark gewachsen. Es findet zudem ein Prozess der Professionalisierung statt, der sich auch daran zeigt, dass immer mehr Unternehmen Serious Games für Zwecke der Ausbildung und der Organisationsentwicklung einsetzen.

Eine besondere Stärke Österreichs als Standort für die Spieleentwicklungsbranche ist seine gute Ausstattung mit für die Spieleentwicklung relevanten Ausbildungsstätten, wobei die Standorte Hagenberg in Oberösterreich und Puch in Salzburg zentrale Kompetenzknoten darstellen. Vor allem der Fachhochschulsektor hat sich in Österreich um die Ausbildung in der Spieleentwicklung verdient gemacht.

Autor: Dr. Wolfgang Koller ist wissenschaftlicher Projektleiter am Industriegewissenschaftlichen Institut



Die Industrie Salzburg investiert in die Modernisierung ihrer Anlagen und in die Weiterentwicklung ihrer Technologien.

## Garant für einen starken Innovationsstandort

Das Land Salzburg zählt zu den besten Wirtschaftsregionen Europas und die Industrie hält einen großen Anteil an dieser Leistung.

Die Betriebe der Salzburger Industrie leisten einen großen Beitrag zum Wohlstand des Landes und ist ein Faktor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilität. Rund ein Viertel der Salzburger Wertschöpfung geht von den produzierenden Unternehmen aus. Die Industrie ist somit ein klarer Wirtschafts- und Jobmotor in Salzburg, schafft sichere Arbeitsplätze und treibt Innovationen voran. Strukturell ist die Industrie in Salzburg sehr stark von familiengeführten Unternehmen geprägt, bei denen die nachhaltige Entwicklung über Generationen im Vordergrund steht. Die 385 aktiven Fachgruppenmitglieder (2023) beschäftigen ca. ein Viertel aller Arbeitnehmer und sind mit einer Exportintensität von 68 Prozent (2023, BSI-Statistik) die wichtigsten Exporteure im Bundesland Salzburg. Die Salzburger Industrie steht für Qualität, für Fortschritt und für hervor-

ragende Arbeitsbedingungen. Im Bereich des Salzburger Produktionssektors (inkl. Teile des Gewerbes + Bau) arbeiteten rund 59.000 Menschen im Jahr 2023 im Bundesland. Rund 22 Prozent der Arbeitnehmer sind daher im gesamten produzierenden Bereich tätig. Die Salzburger Industrie (lt. Kammersystematik) beschäftigte 2023 rund 20.150 Mitarbeiter.

### Bildung als Schlüsselfaktor für die Zukunft

Als Arbeitgeber ist sich die Salzburger Industrie ihrer hohen Verantwortung für die Entwicklung der Gesellschaft des Landes bewusst und setzt aus diesem Grund zahlreiche Initiativen. So ist das Thema Bildung ein großes Anliegen. Denn Bildung ist einer der entscheidenden Schlüsselfaktoren

Fotos: Fanz Neumayr, Heimo Spindler

für die Zukunft der Salzburger Wirtschaft. Dies gilt umso mehr, als in den kommenden Jahren in der Industrie durch den demografischen Wandel ein rückläufiges Arbeitskräfteangebot einem steigenden Bedarf an Beschäftigten gegenübersteht. Zusätzlich zur demografischen Entwicklung führen die sinkenden Grundkompetenzen der Jugendlichen zu einer echten Herausforderung für den Industriestandort. Als essenziell gelten MINT-Kompetenzen, also die Ausbildungsfelder rund um Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Die Sparte Industrie leistet daher selbst einen großen Beitrag dafür, dass sich mehr junge Leute für MINT interessieren und investiert umfangreich in ihre Nachwuchskräfte. Mit vielen Projekten wird die Begeisterung des Nachwuchses für Technik geweckt:

Damit bei Kindern schon im Kindergarten das naturwissenschaftliche und technische Interesse gefördert wird, unterstützt die Sparte Industrie seit vielen Jahren das Projekt „Spürnasenecke“, das als Leuchtturmprojekt auf ganz Österreich ausgerollt wurde und nun bereits im dritten Jahr mit „Spürnasen primary“ eine Weiterentwicklung in den Volksschulen erfährt.

Bei der Smart Summer Technik- und IT-Woche können Jugendliche erleben, welche Facetten technische Berufe bieten können: Lasercutter, 3-D-Drucker, Roboter bauen, die neuesten Computer kennenlernen, in Forschungs- und Entwicklungsabteilungen hineinschnuppern und so in die Welt der Technik und IT einsteigen.

Darüber hinaus vergibt die Industrie Stipendien an ausgezeichnete Schüler von höheren technischen Schulen.

### Lehrlingsausbildung hat hohen Stellenwert

Ein technischer Lehrberuf ist ein vielversprechender Start in ein spannendes Berufsleben mit besten Verdienstchancen und zahlreichen Aufstiegsmöglichkeiten – für Mädchen und Frauen gleichermaßen wie für Burschen und Männer. Die



Die Sparte Industrie Salzburg unterstützt seit vielen Jahren das Projekt „Spürnasenecke“, damit schon im Kindergarten das naturwissenschaftliche und technische Interesse gefördert wird.

Lehrlingsausbildung genießt bei der Salzburger Industrie einen hohen Stellenwert. Die Betriebe (Spartenmitglieder) bilden in 80 Betrieben 635 Lehrlinge im Land aus. Das entspricht einem Anteil von 7,9 Prozent der Salzburger Lehrlinge. Um dem Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenzuwirken setzt die Industrie Salzburg laufend Schritte, um Jugendliche für die Ausbildung in einem ihrer Betriebe zu interessieren. So macht im Industrieviertel auf der „Berufsinformationsmesse BIM“ die Industrie auf die vielfältigen Karrieremöglichkeiten ebenso aufmerksam, wie bei der größten regionalen Jobmesse im Pongau – der „iStar“. Ist das Interesse an einer Ausbildung in der Industrie geweckt, können Jugendliche auf der Online-Plattform „Industrielandkarte“ offene Lehrstellen, Praktikumsplätze und Projektangebote für Abschlussarbeiten von Studierenden finden.

Seit Jahresbeginn gibt es eine neue Initiative der WK Salzburg und dem Land Salzburg: Jeden Monat wird der „Lehrling des Monats“ gekürt. Die Auszeichnung wird für herausragende Leistungen am Arbeitsplatz und soziales Engagement verliehen. Neben Schul- und Praxis-Know-how werden auch Skills außerhalb des Lehrbetriebs gewürdigt – seien es gesellschaftliche Verantwortung, Freizeitbeschäftigungen oder sportliche Leistungen. Die Öffentlichkeit soll auf die Leistungen in den Betrieben, die Skills der Lehrlinge und die vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten in Lehrberufen aufmerksam gemacht werden. Im nächsten Jahr soll der „Lehrling des Jahres“ aus den zwölf



Die Industrie ist ein Vorreiter bei klimaschutzrelevanten Investitionen, sie braucht jedoch klare Rahmenbedingungen und Strategien, um ihre Projekte auch nachhaltig umsetzen zu können.

gekürten „Lehrlingen des Monats“ gewählt werden.

Um das Image der Industrie Salzburg als Lehrlingsausbilder und attraktiver Arbeitgeber zu stärken, werden mit Kampagnen in Kooperation mit Medienpartnern immer wieder die Betriebe der Sparte vor den Vorhang geholt. Zudem wird auf die Bedeutung der Industrie für den Wohlstand im Bundesland aufmerksam gemacht.

### F&E als Motor für die Wirtschaft

Innovationen sichern den Standort Salzburg ab. Deshalb investiert die Industrie laufend in die Modernisierung ihrer Anlagen und in die Weiterentwicklung ihrer Technologien, um konkurrenzfähig zu bleiben. Hier gilt es, diese Aktivitäten der heimischen Unternehmen durch Fördermaßnahmen zu unterstützen. 2021 investierten Salzburgs Unternehmen rund 293 Millionen Euro in die Forschung und Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen. Bei den FFG-Fördergeldern ergab sich im Zeitraum 2019-2021 (59,1 Millionen Euro) ein Plus zum Vergleichszeitraum 2018-2020 (57,5 Millionen Euro) von 2,8 Prozent. Innerhalb des Bundeslandes stehen insbesondere die Themenbereiche IKT-Anwendungen (14,5 Millionen Euro an bezogenen Fördergeldern), Produktion (11,4 Millionen Euro) und Life Science (11,0 Millionen Euro) bei den Förderprojekten der FFG hervor

(FFG 2022). Die heimische Industrie ist mit ihren Innovationen auch Teil der Lösung bei der Bekämpfung des Klimawandels und Partner auf dem Weg zur Energiewende.

### Nachhaltige Transformation

Die innovativen Betriebe der Industrie beweisen, wie wichtig Klimaschutz und nachhaltiges Wirtschaften ist. Und das bereits seit Jahrzehnten. Energieeffizienz, CO<sub>2</sub>-Fußabdruck etc. werden laufend verbessert. Deshalb steht die Industrie Salzburg auch hinter den Zielen des Pariser Klimaabkommens und des EU-Ziels der Klimaneutralität bis 2050. Die nachhaltige Transformation der Industrie stellt angesichts der geopolitischen Lage (insbesondere im Hinblick auf die Energieversorgungssituation und den Klimawandel) jedoch eine wesentliche Herausforderung dar. Deshalb braucht es entsprechende Signale für die heimische Industrie. Hier ist die Politik dringend aufgefordert, den Betrieben Planungssicherheit zu geben. Die Industrie ist ein Vorreiter bei klimaschutzrelevanten Investitionen, sie braucht jedoch klare Rahmenbedingungen und Strategien, um ihre Projekte auch nachhaltig umsetzen zu können, denn die Klimawende kann nur durch beschleunigte Genehmigungsverfahren geschafft werden. Zudem müssen auch Standortnachteile durch zu lange Verfahrensdauer bei Projekten hintangehalten werden. Der rasche Ausbau von erneuerbaren Energien ist auch für das Reduzieren von Abhängigkeiten von Strom- und Gaslieferungen aus dem Ausland dringend notwendig – ebenso wie für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Salzburg insgesamt.

### Bekenntnis zum Industriestandort

Was es, laut der Sparte Industrie Salzburg braucht, ist eine fokussierte Wirtschaftspolitik mit klarem Bekenntnis zum Industriestandort. Dazu zählen Entlastungen durch eine Reduktion der Steuern- und Abgabenquote, die derzeit mit 43,2 Prozent die vierthöchste in der EU ist, auf 40 Prozent bis 2030. Eine spürbare Senkung der Lohnnebenkosten, effizient durchgeführte Genehmigungsverfahren, eine

wirtschaftsverträgliche Umsetzung von EU-Vorgaben im Umwelt- und Energiebereich, aber auch ein rascher Ausbau von funktionierender Infrastruktur ist ebenso notwendig wie die Ausweitung der Strompreiskompensation (SAG), die auf indirekte CO<sub>2</sub>-Kosten abzielt. Eine gezielte Fachkräftestrategie, die Arbeits- und Fachkräfte aus dem Ausland anspricht und durch Leistungsanreize Arbeitskräftepotenziale im Inland hebt, ist notwendig, um dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen.

Standortschädlich wären, laut Industrie Salzburg, weitere Belastungen durch neue Steuern oder

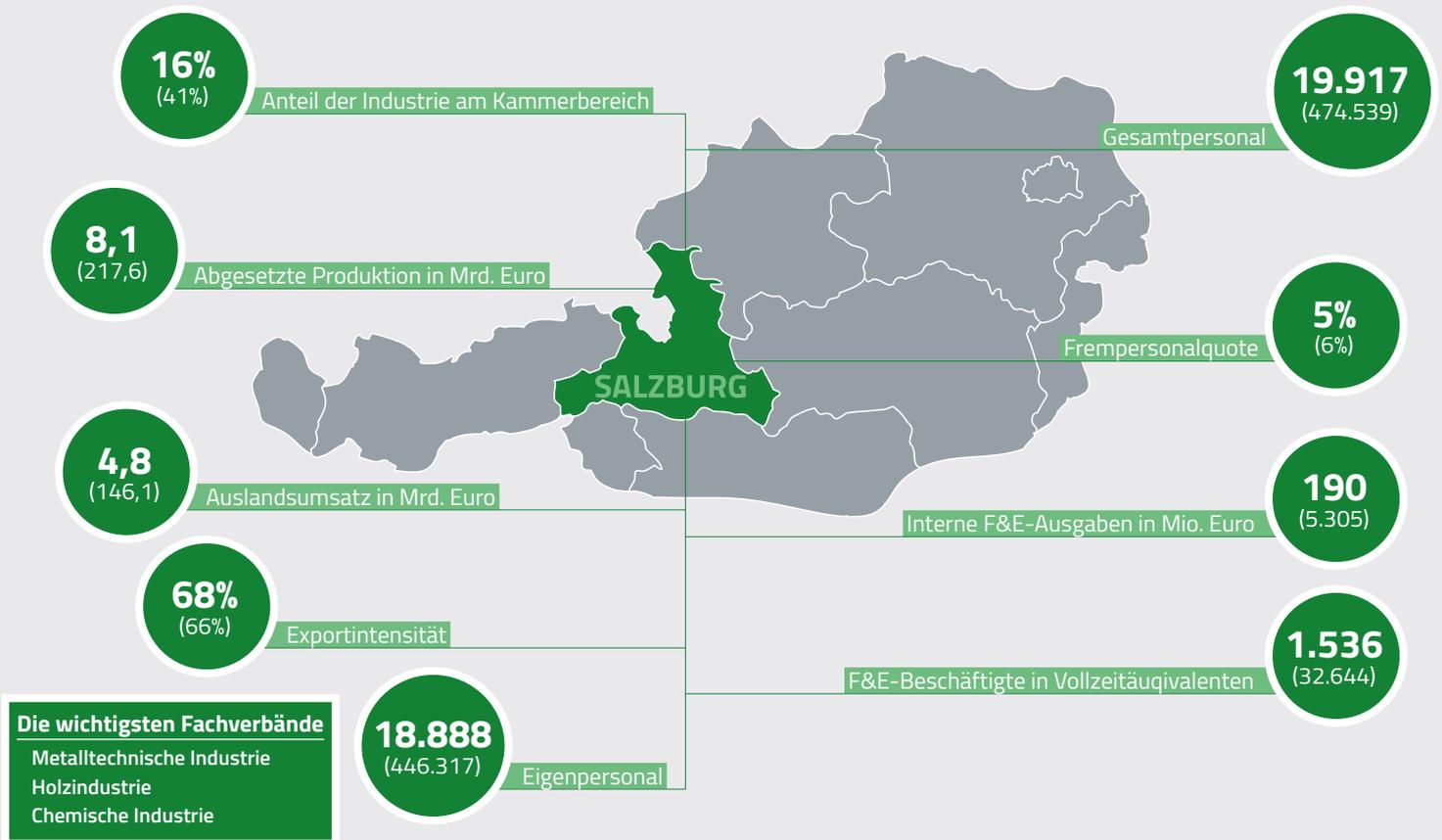
Gebühren, sowie die Einführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern. Das könnte in der aktuell schwierigen Situation langfristig eine Schrumpfung des Industriesektors bzw. eine schleichende Deindustrialisierung zur Folge haben.

Die Auswirkungen dürfen nicht unterschätzt werden, denn im servo-industriellen Bereich in Salzburg, der auch kleinere Zulieferunternehmen aus der Region umfasst, sind mehr als 60.000 Menschen beschäftigt.

Autorin: Helene Tuma

# KENNZAHLEN DER INDUSTRIE SALZBURG

Vergleichszahlen in Klammer beziehen sich auf ganz Österreich



Anm. 1: Anteil der Industrie am Kammerbereich gemessen am Produktionswert; 2022; Anm. 2: Exportintensität = Auslandsumsatz / Gesamtumsatz (Unternehmensebene); 2023 endgültig; Anm. 3: Gesamtpersonal = Eigenpersonal + Fremdpersonal; Abges. Prod.; 2023 endgültig; Anm. 4: Interne F&E-Ausgaben nach F&E-Standort(en) des Unternehmens; 2021  
 Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Konjunkturstatistik in der Kammerstatistik; Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung; Leistungs- und Strukturstatistik



## „Die Energiewende kann nur durch eine aktive Einbindung der Industrie gelingen“

Dr. Peter Unterkofler, Obmann der Sparte Industrie in Salzburg über die Auswirkungen der Rezession, die Erreichung der Klimaziele und die Anliegen der Sparte Industrie an Politik und Verwaltung.

***Herr Dr. Unterkofler, die Industrie sieht sich aufgrund stagnierender und häufig rückläufiger Nachfrage mit einer Rezession konfrontiert. Worauf ist das zurückzuführen?***

Die Industrie steckt nun schon im dritten Jahr der längsten Rezession seit dem zweiten Weltkrieg fest. Die Weltkonjunktur lahmt nach wie vor und die wirtschaftliche Entwicklung unseres wichtigsten Handelspartners Deutschland gibt Anlass zur Sorge, gilt doch Deutschland als Konjunkturlokomotive Europas. Europa hat in den vergangenen Jahren stark an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt und ist in der wirtschaftlichen Entwicklung deutlich zurückgefallen. Laut Weltbank ist das Bruttoinlandsprodukt der EU seit dem Jahr 2000 um 36 Prozent gewachsen, während die USA im selben Zeitraum um fast 60 Prozent zugelegt hat und sich die chinesische Wirtschaft seit der Jahrtausendwende versechsfacht und die EU überholt hat. Es gibt eine Reihe hausgemachter Probleme, die die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen In-

dustrie einschränken und so als massive Wachstumsbremsen wirken. So sind beispielsweise die Lohnstückkosten im vergangenen Jahr um 11,7 Prozent gestiegen. Nur Luxemburg hat in Westeuropa in den vergangenen zehn Jahren einen noch höheren Anstieg bei den Lohnstückkosten verzeichnet.

***Welche Branchen sind am stärksten betroffen?***

Grundsätzlich ist die gesamte Industrie betroffen, insbesondere auch die energieintensiven Industrien oder auch vorgelagerte Industriebranchen zur Bauwirtschaft.

***Die produzierende Industrie hat einen sehr hohen Energie-/Gasverbrauch. Wie sehr wirken sich die hohen Energiekosten auf die Unternehmen aus?***

Die Energiekosten sind im Vergleich zu den USA und China um ein Vielfaches höher und wirken sich daher massiv auf die Wettbewerbsfähigkeit aus,

deswegen wäre die Strommarktintegration ein entscheidender Schlüssel.

***Sehen Sie den Einsatz von Erneuerbaren Energien, grünem Gas und Wasserstoff als belastbare Alternativen für die Zukunft?***

Diese Energieformen helfen sicherlich, um eine höhere Autarkie von Energieimporten aus dem Ausland zu erreichen. Letztendlich muss die Energie jedoch auch leistbar sein.

***Welche Schritte setzt die Industrie Salzburg, um zur Erreichung der Klimaziele beizutragen?***

Die Energiewende kann nicht gegen die Industrie oder durch eine Strategie der De-Industrialisierung gelingen, sondern nur durch eine aktive Einbindung dieser und ihrer Innovations- und Investitionskraft. Es gibt in der Salzburger Industrie schon sehr viele Best-Practice-Beispiele etwa in der Zement- oder Holzindustrie, wie klimaschädliche Emissionen deutlich reduziert werden können.

***Welchen Stellenwert haben die Themen Forschung & Entwicklung in den Salzburger Betrieben?***

Innovationen sichern den Standort Salzburg ab. Die Industrie investiert viel in die Modernisierung ihrer Anlagen und in die Weiterentwicklung ihrer Technologien, um konkurrenzfähig zu bleiben. Hier gilt es, die Aktivitäten der heimischen Unternehmen durch effiziente Fördermaßnahmen zu unterstützen.

***Was sind Ihre wichtigsten Anliegen und Forderungen an Politik und Verwaltung?***

Die neue Bundesregierung muss sich verstärkt der Wirtschaftspolitik widmen, damit der Standort wieder attraktiver wird und die Industrie erneut an Wettbewerbsfähigkeit zulegt. Wir brauchen Wachstum, um unsere gesellschaftspolitischen Aufgaben erfüllen zu können - vom Ausbau der Infrastruktur bis zur Dekarbonisierung der Wirtschaft. Auch auf europäischer Ebene muss sich die kommende Bundesregierung verstärkt für eine effiziente Wirtschaftspolitik einsetzen. Statt einem praxisfernen

**„Um wieder auf einen Wachstumskurs einzuschwenken, braucht es ein wettbewerbsfähiges Umfeld, das die Unternehmen motiviert, zu investieren.“**

Lieferkettengesetz, das zu massiven Wettbewerbsnachteilen gegenüber den USA und China führt, ist eine zielgerichtete europäische Industriepolitik notwendig. Um wieder auf einen Wachstumskurs einzuschwenken, braucht es ein wettbewerbsfähiges Umfeld, das die Unternehmen motiviert, zu investieren. In der aktuellen Lage fließt viel Investitionskapital in andere Länder ab und bringt Wertschöpfungsverluste. Wachstum kann aber auch mit der Erschließung neuer Märkte geschaffen werden, deshalb muss Österreich seinen hinhaltenden Widerstand gegen Wirtschaftsabkommen wie Mercosur gerade in der aktuellen Situation überdenken.

Außerdem sind wirkungsvolle Maßnahmen zum Abbau der Bürokratie und deutliche Entlastungen notwendig. Das Versprechen, die hohe Abgabenquote von derzeit 43,1 Prozent in Richtung 40 Prozent zu drücken, muss nun endlich eingelöst werden.

Ausgabenseitige Effizienzsteigerungen und Reformen, etwa im Bildungs-, Gesundheits- und Pensionssystem sind inzwischen unumgänglich. Die Kosten für die Pensionen galoppieren regelrecht davon. Hat der Staat 2020 noch rund 21 Milliarden Euro in das System zugeschossen, so rechnet das Finanzministerium für 2026 bereits mit Kosten von 35,2 Milliarden Euro, Tendenz stark steigend. Deshalb muss die kommende Bundesregierung das faktische Pensionsantrittsalter an die Lebenserwartung anpassen und die Schlupflöcher schließen.

Notwendig sind auch steuerliche Anreize, damit sich Leistung wieder lohnt: Das Weiterarbeiten in der Regelpension, Überstunden leisten und in der Teilzeit Stunden aufstocken muss attraktiver werden. ■

Interview: Helene Tuma

# Die internationale Konjunktorentwicklung

Die globale Wirtschaftsentwicklung hat sich – wie erwartet – in den letzten Monaten gefestigt, wenn auch auf einem unter dem langjährigen Durchschnitt liegenden Niveau. Der Euroraum zeigt im Jahr 2024 weiterhin eine ausgeprägte Wachstumsschwäche, die Wirtschaftsprognosen sehen für das kommende Jahr allenfalls eine geringfügige Verbesserung.

FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

Das Wirtschaftswachstum zeigt gegenwärtig eine ungewöhnliche Stabilität, nämlich fast gleichlautende (reale, kaufkraftbasierte) Wachstumsraten von 3,2 bis 3,3 % in den Jahren 2023 bis 2025; bei jenen Instituten, die gegenwärtig auch schon Prognosen für 2026 abgeben, liegen die Wachstumserwartungen auch für ein weiteres Jahr auf exakt diesem Niveau. Diese ungewöhnlich gleichförmige Wachstumsentwicklung ist insofern bemerkenswert, als gerade die Jahre 2023 und 2024 von zahlreichen Ereignissen und Entwicklungen betroffen waren, die auch zu deutlichen Ausschlägen der Wachstumsentwicklung hätten führen können – die sich aber weitgehend ausgeglichen haben. Angesichts erheblicher Unsicherheiten in den kommenden Jahren müssen gegenwärtig die Prognosen so gelesen werden, dass man weiterhin mit einem Ausgleich der Konjunkturrisiken rechnet. Wenn es zu diesem Ausgleich nicht kommt, dann besteht ein starkes Potenzial für ein Übertreffen aber auch Verfehlen der Prognosewerte, wobei die „Downside-Risks“ deutlich überwiegen.

Wenn man von einer jährlichen Wachstumsrate von rund 3 ¼ % ausgeht, dann wirkt dieser Wert aus der Perspektive der weltwirtschaftlich abgehängten Staaten des Euroraums bemerkenswert kräftig, was er aber im historischen Vergleich nicht ist: Die Wachstumsraten des Jahrzehnts 2010–19 werden damit deutlich verfehlt und die Weltbank hat kürzlich errechnet, dass rund 80 % der Weltbevölkerung in Gebieten leben, die ein schwächeres Wachstum als in den 2010er-Jahren aufweisen. Hoffnungen auf ein Übertreffen der Prognosen für 2025 (und 2026) erwachsen im Wesentlichen aus einer zyklischen Gegenbewegung der Investitionen der Un-

ternehmen und einem überdurchschnittlichen Anstieg der privaten Nachfrage. Beide Entwicklungen bedürften aber einer deutlichen Aufhellung der Erwartungshaltung, wofür es gegenwärtig nur wenige Anhaltspunkte gibt. Ein kleines Indiz für eine solche Aufhellung bieten allenfalls die von der OECD berechneten „Leading Indicators“, konjunkturelle Frühindikatoren: Diese zeigen für praktisch alle wesentlichen Volkswirtschaften (Ausnahme: China) einen Aufwärtstrend, wenn dieser auch verhalten ausfällt. Die bereits angesprochenen „Downside-Risks“ sind demgegenüber stärker, und betreffen neben länderspezifischen Risiken (vor allem einer Wachstumsverlangsamung in China) insbesondere die überaus heikle Feinabstimmung der Geldpolitik der Notenbanken – zwischen einer zu lockeren, inflationsbeschleunigenden Politik und einer zu restriktiven, wachstumsdämpfenden Zinsgestaltung – sowie unvorhersehbare Entwicklungen bei den Rohstoff- und Energiepreisen.

Nicht zu unterschätzen sind auch mögliche Störungen des internationalen Handels, der ohnedies nur im Ausmaß der Wirtschaftsleistung zulegen dürfte: Eine zunehmende Fragmentierung des Welthandels aufgrund politischer Spannungen sowie protektionistische Tendenzen könnten den Handel und damit die globale Wirtschaftsentwicklung dämpfen.

Trotz der Erwartung sinkender Ölpreise und einer leichten Dämpfung der Preise der übrigen Rohstoffe wird auch für stark rohstoffbasierte Volkswirtschaften im kommenden Jahr mit einer positiven Wachstumsentwicklung gerechnet. Grundsätzlich positiv ist, dass im kommenden Jahr (wie auch heuer) die Wachstumsraten in allen Wirtschaftsräumen des Südens (Asien-Afrika-Lateinamerika) relativ

stabil sind; der stärkste weltwirtschaftliche Impuls geht weiterhin von Ost- und Südasiens aus, aber auch andere Regionen tragen ihren Anteil zum globalen Wirtschaftswachstum bei.

Innerhalb der Industrieländer dürfte sich die Wachstumsdynamik in den USA leicht abschwächen, in anderen (außereuropäischen) hingegen leicht verstärken. Weiterhin schwach ist die Konjunkturlage im Euroraum: Im laufenden Jahr bleibt das Wachstum bei unter einem Prozent, im Jahr 2025 steigt es laut Prognose des Internationalen Währungsfonds (IMF) auf (immer noch sehr bescheidene) 1,2 %. Die Europäische Union sieht in ihrer jüngst veröffentlichten Herbstprognose unwesentlich mehr Wachstumsspielraum, nämlich 1,3 % (2025) und 1,6 % (2026). Die geringe Wachstumsbeschleunigung gegenüber 2024 soll einerseits aus einem moderaten Anstieg der Exportnachfrage resultieren, andererseits aus verstärkter Konsumnachfrage aufgrund höherer (Real-) Einkommen bei gleichzeitig voraussichtlich anhaltend niedriger Arbeitslosigkeit.

Der Business and Consumer Survey der EU hat in den vergangenen Monaten tatsächlich eine langsame, relativ stetige Verbesserung des Konsumentenvertrauens ausgewiesen: Mit Beginn des letzten Quartals 2024 wird diesbezüglich der langjährige Durchschnittswert knapp erreicht. Nicht berücksichtigt wird in der Prognose der EU aber die im vierten Quartal weiter verschlechterte Einschätzung seitens der europäischen Industrie: Die Auftragseingänge sind deutlich rückläufig, und die wachsenden (unfreiwilligen) Lagerbestände führen zu unterdurchschnittlichen Erwartungen hinsichtlich der künftigen Produktionsentwicklung. Konsequenter Weise liegen daher seit dem Frühherbst 2024 die Beschäftigungserwartungen der Industrie – erstmals seit langer Zeit – unter dem langjährigen Durchschnittswert. Damit schwindet aber die Arbeitsplatzsicherheit, was sich mittelfristig negativ auf das Konsumentenvertrauen und die Konsumbereitschaft auswirkt.

Abgesehen von den staatlichen Infrastrukturinvestitionen, die angesichts der schwierigen Budgetlage in vielen europäischen Ländern nur eine begrenzte



te Wirkung entfalten können, fehlt eine nachvollziehbare Begründung, wie die Investitionstätigkeit in Europa im kommenden Jahr an Schwung gewinnen könnte: Selbst eine verstärkte internationale Nachfrage wird in jenen Bereichen, in denen die europäische Industrie kein Alleinstellungsmerkmal (mehr) hat, in zunehmenden Maße an Europa folgenlos vorüber gehen, da die europäische Industrie zunehmend im strukturellen Problem überhöhter Faktorkosten gefangen ist. Die Technologieführerschaft wurde in den letzten Jahren in manchen Bereichen (z. B. Umwelttechnologien) teilweise verloren, in anderen Bereichen durch politisch induzierte Veränderungen bewusst aus der Hand gegeben (z. B. im „klassischen“ Automobilbereich). Eine stärkere Fokussierung auf Forschung & Entwicklung kann kurzfristig nur teilweise Abhilfe schaffen, da Strukturen der Forschungskoordination und einer Forschungsfinanzierung über Risikokapital weiterhin unterentwickelt sind.

Die jüngste Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung (unter mehr als 400 Unternehmen mit rund 300.000 Beschäftigten) unterstreicht die strukturellen Probleme, die sich aus einer massiv verschlechterten Kostenposition (Energie- und Personalkosten) ergeben. Dies zeigt sich vor allem in einer noch negativeren Bewertung der Auftrags-eingänge. Gleichzeitig versinkt jede innovative Dynamik in einer Flut an (europäischer) Überregulierung, sodass die österreichischen Unternehmen mit einer anhaltend schwierigen Wirtschaftslage rechnen und der Abbau von Personal rasch an Fahrt gewinnt. Die Ertragslage fällt ungebremst, sodass sich zunehmend die Frage stellt, ob die Unternehmen überhaupt die finanzielle Kraft zur gleichzeitigen Tüchtigkeit von Prozessinnovationen (zur Erreichung politisch vorgegebener Umwelt- und Klimaziele) und von Produktinnovationen (zur Festigung der Marktposition) aufbringen können. ■

# Starke Industriegebiete prägen die heimische Wirtschaftslandschaft. Doch die Krise trifft die Region hart.

Mag. Andreas Mörk

Die regionale Streuung zeigt, dass Oberösterreich, Niederösterreich und die Steiermark die drei Bundesländer sind, in denen die meisten Beschäftigten in Industrieunternehmen arbeiten, die meisten Investitionen getätigt werden und wertmäßig die höchste industrielle Wertschöpfung stattfindet.

Bei der Frage, in welchen Bundesländern die Industrie überdurchschnittliche Bedeutung hat, tauchen neben Oberösterreich und der Steiermark insbesondere Kärnten und Vorarlberg auf. Hier ist die industrielle Durchdringung besonders hoch. In Kärnten stammt die Hälfte des Produktionswerts bzw. der Bruttoinvestitionen der Gewerblichen Wirtschaft aus der Industrie; in Vorarlberg sind es je rund 40 %.

Die Bruttowertschöpfung in den österreichischen Bundesländern zeigt interessante wirtschaftliche Schwerpunkte. Werden die Anteile der jeweiligen Fachverbände an der Bruttowertschöpfung der regionalen Industrie im Zuge des Bruttowertschöpfungsradars ermittelt, sind die Schwerpunkte in den Bundesländern und in den Regionen durchaus von Unterschieden gekennzeichnet.

Während in Ostösterreich (Burgenland, Niederösterreich, Wien) die Metalltechnische Industrie, die Elektro- und Elektronikindustrie sowie die Chemische Industrie gut vertreten sind, kommen in Südösterreich (Steiermark, Kärnten) Schwerpunkte in der Bauindustrie oder der Fahrzeugindustrie mit hinzu. In Westösterreich (Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarl-

berg) sind ebenso vor allem die Metalltechnische Industrie und die Chemische Industrie vertreten, allerdings kommen hier etwa Schwerpunkte im Bereich der Holzindustrie oder der Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit hinzu.

Die Metalltechnische Industrie ist über Österreich hinweg regional weit gestreut, in vielen Bundesländern rangiert sie unter den Top 3 im Ranking des Bruttowertschöpfungsradars. Während die Elektro- und Elektronikindustrie in Kärnten und im Burgenland regional besonders viel Bruttowertschöpfung innerhalb der Industrie generiert, ist es in Tirol und Wien die Chemische Industrie.

Nicht nur Oberösterreich, Niederösterreich und die Steiermark zählen zu den führenden Industrieregionen, auch Kärnten und Vorarlberg überzeugen mit starker Industriepräsenz. Die Fachverbände der Industrie sind in Österreich flächendeckend, regional und vielfältig verankert. Am heimischen Standort sorgen sie oft als Familienunternehmen seit Generationen für wirtschaftliche Stabilität. Diese Unternehmen tragen nicht nur zur lokalen Wertschöpfung bei, sondern schaffen auch Arbeitsplätze und fördern die regionale Entwicklung. Darüber hinaus investieren sie in Innovation und Ausbildung, was langfristig auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie beiträgt, und diese stärkt.

Das Spektrum der Branchen ist flächendeckend breit aufgestellt, aber was passierte in der Industrie in den Bundesländern in den letzten Monaten? Bedauerlicherweise ist die Lage in der Industrie aufgrund der mannigfaltigen Herausforderungen und der schwierigen Rahmenbedingungen mehr als problematisch. Fehlende Aufträge machen sich mittlerweile auch im Beschäftigungsabbau sichtbar. Das schwache Wirtschaftswachstum hat eine kräftige Abkühlung am Arbeitsmarkt zur Folge; seit Anfang 2023 steigen die Arbeitslosenquoten in



Mag. Andreas Mörk

### Bruttowertschöpfungsradar 2022

	B	K	NÖ	OÖ	SBG	STM	T	V	W
Bergwerke und Stahl									
Mineralölindustrie									
Stein- und keramische Industrie									
Glasindustrie									
Chemische Industrie									
Papierindustrie									
PROPAK									
Bauindustrie									
Holzindustrie									
Nahrungs- und Genussmittelindustrie									
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- u. Lederind.									
Gas- und Wärmeversorgungsunt.									
NE-Metallindustrie									
Metalltechnische Industrie									
Fahrzeugindustrie									
Elektro- und Elektronikindustrie									

Legende: bis zu 5% 5% bis zu 10% 10% bis zu 20% 20% bis zu 30% > 30%

Anm.: Daten auf Unternehmensebene (rechtliche Einheiten). Referenzjahr 2022. Leere Felder: Geheimhaltung oder keine Zellbesetzung.  
Quelle: Statistik Austria, Sonderauswertung der Leistungs- und Strukturerhebung

ausnahmslos allen Bundesländern, so die Analysten der Bank Austria.

Gerade in letzter Zeit häufen sich die medialen Meldungen über Schließungen oder Produktionsverlagerungen in der Industrie. Die Industrie hat ihre Beschäftigten lange halten können, allerdings scheint das Licht am Ende des Tunnels im dritten Jahr der Rezession kaum mehr sichtbar. Die Einschätzungen für die nächsten Monate sind schlecht und lassen nichts Gutes erhoffen.

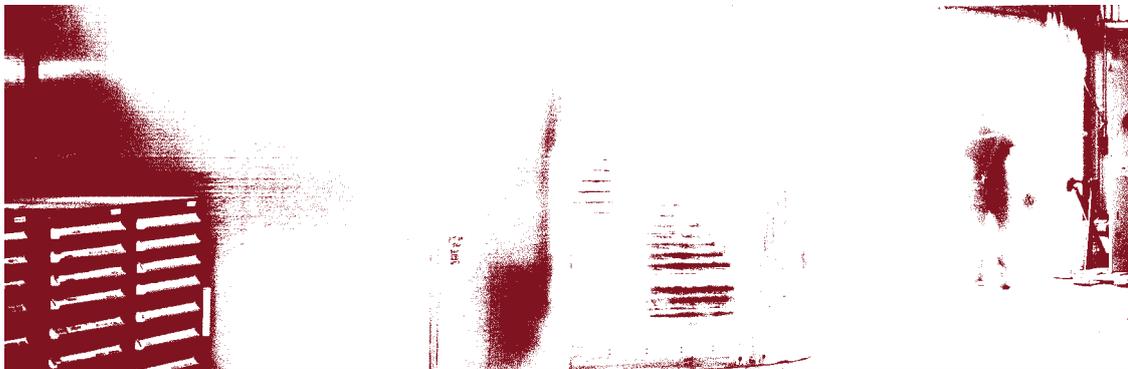
Es wird zu strukturellen Änderungen kommen, österreichweit und in den Regionen selbst. Denn betroffen sind nicht nur die Industrieunternehmen selbst, sondern auch deren Zulieferer und die Zulieferer derselben etc. Es geht daher nicht nur um Industriejobs, sondern auch um die Jobs in der Logistik, der Gastronomie, der Unternehmensberatung oder der IT-Dienstleistungen. Diese strukturellen Auswirkungen werden regional mehr und mehr spürbar.

Es ist eine komplexe Kombination an Faktoren, die auf die Industrieunternehmen wirken und Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit einschränken. Zu

den drei größten Wachstumshemmnissen in den kommenden 12 Monate zählen die Arbeitskosten, die Nachfrageschwäche und die Bürokratie und regulatorischen Anforderungen. Hinzu kommen die allgemeine Unsicherheit, der zunehmende internationale Wettbewerb und EU-rechtliche Vorgaben, so die Ergebnisse des aktuellen Wirtschaftsbarometers der Wirtschaftskammer Österreich für die Sparte Industrie.

Bei der Frage danach, welche Maßnahmen es braucht, um das wirtschaftliche Wachstum anzukurbeln, nennen die Industrieunternehmen eine dringend notwendige Senkung der Lohnnebenkosten, eine wirtschaftsfreundliche Gestaltung EU-rechtlicher Rahmenbedingungen und die Sicherung wettbewerbsfähiger Energiepreise. Des Weiteren braucht es mehr Leistungsanreize im Steuersystem und eine Ausweitung steuerlicher Investitionsanreize (Investitionsfreibetrag). Denn ohne Investitionen in den Standort geht die Wettbewerbsfähigkeit langfristig verloren. Das trifft die exportaktive Industrie Österreichs im Allgemeinen und in den Bundesländern im Speziellen. Es gibt eine Vielzahl an Stellschrauben, deren Adjustierung gerade in Zeiten wie diesen dringend notwendig ist. ■

# Branchenübersicht



## Übersicht der einzelnen Branchen in ihrer Entwicklung

Einschätzung 4. Quartal 2024	Abgesetzte Produktion		Beschäftigte <sup>1)</sup>		Auftrags- einträge
	2.Q24/2.Q23 in Prozent	Einschätzung 4.Q24/4.Q23	2.Q24/2.Q23 in Prozent	Einschätzung 4.Q24/4.Q23	Einschätzung 4.Q24/4.Q23
Bergwerke und Stahl	-10,6	↔	3,0	↔	↓
Stein- und keramische Industrie	-4,4	↔	-4,7	↓	↔
Glasindustrie	-4,3	↓	-4,4	↓	↓
Chemische Industrie	0,5	↔	-0,7	↔	↔
Papierindustrie	12,2	↑	-3,9	↔	↑
PROPAK – Ind. Herst. von Produkten aus Papier und Karton	-7,9	↓	-1,7	↔	↔
Bauindustrie	0,5	↓	0,5	↓	↔
Holzindustrie	-8,3	↓	-7,7	↓	↓
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1,1	↔	0,5	↔	↔
Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie	-8,6	↓	-7,7	↓	↔
NE-Metallindustrie	-4,4	↓	-1,0	↓	↓
Metalltechnische Industrie	-8,6	↓	-1,6	↓	↓
Fahrzeugindustrie	-9,0	↓	-2,1	↓	↔
Elektro- und Elektronikindustrie	-8,5	↓	-2,1	↔	↓
<b>Industrie gesamt</b>	<b>-5,2</b>	↓	<b>-2,0</b>	↓	↓

Anm.: Vorläufige Daten; <sup>1)</sup> Eigenpersonal; Dynamik der Industrie insgesamt (inkl. Mineralölk., Gas- und Wärmeversorgungsunt.);  
Im Quartalsvergleich der abgesetzten Produktion spiegeln sich Preiseffekte wider.

Quelle: Statistik Austria, Konjunkturstatistik, Sonderauswertung nach Kammersystematik

## Gesamtindustrie

Negative Erwartungen und sinkende Beschäftigung prägen das 4. Quartal 2024 in der Industrie. Produktion und Auftragseingänge sind über weite Strecken des heurigen Jahres in vielen Fachverbänden der Industrie rückläufig, die Erwartungen liegen wiederholt im negativen Bereich. Mittlerweile wirkt sich diese Dynamik und die teils sehr verhaltenen Einschätzungen auch in der Beschäftigung aus. Im 4. Quartal 2024 liegt die Beschäftigung in einem Gros der Fachverbände der Industrie unter den jeweiligen Vorjahreswerten. Die Einschätzungen für das aktuelle Quartal sind mehr als verhalten und vielerorts im negativen Bereich, so die Konjunktüreinschätzungen der Fachverbände der Industrie für das 4. Quartal 2024.

## Bergbau und Stahl

Die Rezession in Österreich und Deutschland sowie die nach wie vor schwache wirtschaftliche Entwicklung in Europa haben negative Auswirkungen auf die österreichische Bergbau- und Stahlindustrie. Dennoch sind einige Absatzmärkte bisher gut durch die Rezession gekommen, insgesamt werden aber kaum positive Impulse erwartet.

Der Bereich Bahn und Bahninfrastruktur entwickelt sich aufgrund des anhaltend hohen Bedarfs auf den europäischen Märkten weiterhin positiv. Über den Erwartungen entwickelt sich die Nachfrage im Bereich der Lagertechnik und der Luftfahrt. Die Bereiche Haushaltsgeräte- und Konsumgüterindustrie, Maschinenbau sowie Bauindustrie verharren nach wie vor auf sehr geringem Niveau. Rückläufig entwickelt sich die Nachfrage im Energiebereich. Gewinnwarnungen namhafter europäischer Automobilhersteller lassen nicht auf eine baldige Erholung im Automobilbereich hoffen. Dies wirkt sich negativ auf die Nachfrage nach Stahlprodukten aus. Im Bereich der Feuerfestindustrie bewirkt die rückläufige Nachfrage in fast allen Industriebereichen einen Rückgang der Produktion. Das niedrige Preisniveau für Feuerfestprodukte wirkt zusätzlich negativ auf die Erträge.

■ höchster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ niedrigster Wert zum Zeitpunkt des Ausschlags, ■ aktueller Wert, Neigung zeigt die Tendenz



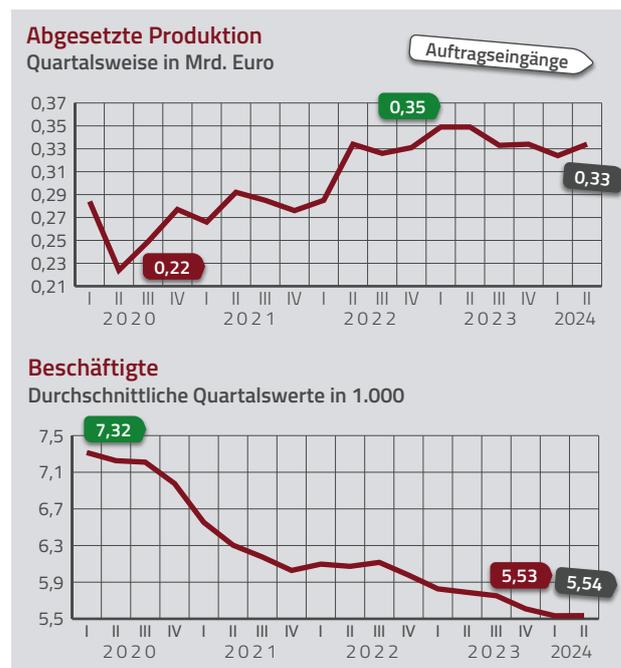
## Stein- und keramische Industrie

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, und Wohnbau sowie Sanierung sind essenzielle Konjunkturfaktoren. Doch die Wohnbauförderungen von Bund und Ländern reichen nicht aus, wodurch die Sanierungsförderung derzeit der einzige Lichtblick für die Baukonjunktur bleibt. Die größten Herausforderungen liegen in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Österreich verliert im internationalen Wettbewerb an Boden, was insbesondere exportorientierte Branchen des Fachverbands betrifft, vor allem jene mit Fokus auf den deutschen Markt. Steigende Kosten treiben die Preise in die Höhe, was Unternehmen und Kunden gleichermaßen belastet. Besonnenheit bei Energiepreisen, Lohnabschlüssen und Finanzierungsbedingungen ist dringend erforderlich. Zudem verliert die Branche kontinuierlich gut ausgebildetes, lokal verfügbares Personal, während neue Mitarbeiter schwer zu gewinnen sind. Um das Vertrauen der Märkte zu stärken und Investitionen zu fördern, müssen die Verantwortlichen entschlossen und glaubwürdig handeln. Nur durch klare Signale kann Vertrauen geschaffen werden, auf das Bürger und Wirtschaft bauen können. ■



## Glasindustrie

Die schwache Baukonjunktur wirkt sich auf die Auftragslage in der flachglasverarbeitenden Industrie deutlich negativ aus. Laut Branchenexperten setzen sich die drastischen Rückgänge im Wohnbau länger fort, eine Marktstabilisierung und Trendwende ist derzeit nicht in Sicht. Der Schwerpunkt verschiebt sich daher vermehrt in Richtung Gebäudesanierung. Verbraucher wissen inzwischen Einsparungseffekte durch energieeffiziente Fenster zu schätzen und die Förderungen sind derzeit wirklich attraktiv. Größere Fassaden- und Fensterhersteller setzen auch verstärkt auf das internationale Projektgeschäft, um regionale Verluste abzufedern. In den Bereichen Wirtschaftsglas und Schmuck kämpfen die Betriebe ebenfalls mit herausfordernden Zeiten. Neben der insgesamt global zurückhaltenden Entwicklung am Schmuckmarkt und bei Produkten rund um den gedeckten Tisch nimmt die Kaufzurückhaltung der Konsumenten spürbar zu. Das heurige Weihnachtsgeschäft bringt zudem weniger Umsatz als erhofft. Die generell rückläufige Nachfrage betrifft auch die Verpackungsglasindustrie. Behälterglashersteller leiden unter der schwachen Auslastung und zunehmend geringer Profitabilität. Die Branche rechnet aufgrund des starken Wettbewerbs und der Überkapazitäten am Markt mit einer weiterhin angespannten Preissituation. ■



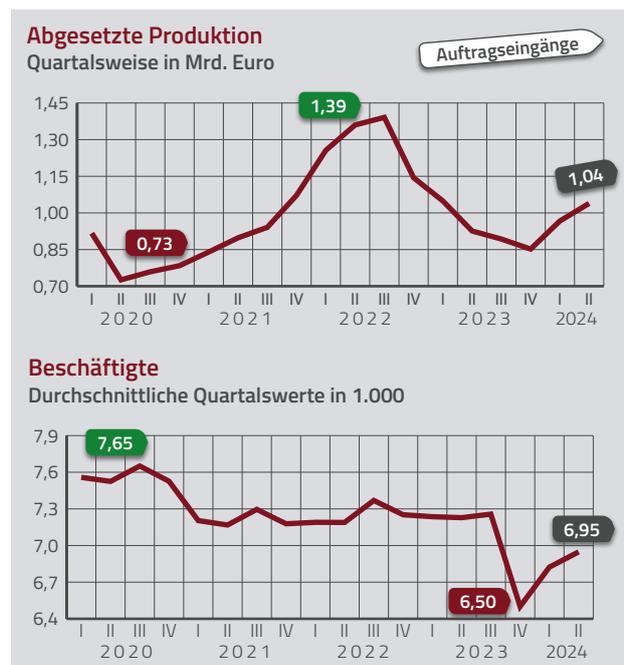
## Chemische Industrie

Nach einem schwachen Jahr 2023, in dem die chemische Industrie einen Produktionsrückgang von über zehn Prozent verzeichnete, bleibt die Lage weiterhin angespannt. Die bisherigen Entwicklungen im Jahr 2024 deuten darauf hin, dass der Produktionswert die Talsohle erreicht haben könnte. Allerdings ist der Auftragseingang nach wie vor verhalten, weshalb eine Trendwende noch nicht absehbar ist – insbesondere, da sich auch beim wichtigsten Handelspartner Deutschland bislang keine konjunkturelle Erholung abzeichnet. Zwar sind die Energiepreise mittlerweile gesunken, doch sie liegen weiterhin deutlich über dem Niveau vor der Corona-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine. Hinzu kommt die Unsicherheit durch potenzielle Lieferprobleme, etwa durch das Auslaufen der Transitverträge mit der Ukraine oder rechtliche Entscheidungen, die zusätzliche Risiken für die Branche darstellen. Entscheidend für die wirtschaftliche Zukunft ist, wie Investitionen in Green-Deal-Anwendungen finanziert werden können. Die politischen Weichen dafür müssen jetzt gestellt werden, damit die chemische Industrie ihre Innovationskraft einbringen kann. ■



## Papierindustrie

In den ersten drei Quartalen 2024 holte die Branche mit einem Plus von 19 Prozent mengenmäßig nach dem schwierigen Jahr 2023 wieder auf, doch liegt die Produktion immer noch acht Prozent unter der Menge von 2022. Infolge sind die Anlagen sowohl im grafischen Sektor, als auch bei Papiersorten für Verpackungen unterdurchschnittlich ausgelastet. Ein wesentlicher Aufschwung wird erst mit dem Ende der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Rezession erwartet. Die Durchschnittserlöse pro Tonnen Papier stagnieren seit Sommer 2023 auf niedrigem Niveau und stehen weiterhin hohen Kosten für Rohstoffe (Holz, Zellstoff, Altpapier, Chemikalien) und Energie (Strom und Gas) gegenüber. Trotz zusätzlicher Mengen stieg der Umsatz des dritten Quartals nur um drei Prozent auf 3,4 Milliarden Euro. Besonders bei den Kosten entscheidet sich die Wettbewerbsfähigkeit zu wichtigen Konkurrenten wie Deutschland und Skandinavien. Während der grafische Bereich europaweit und in Österreich weiter schrumpft, wachsen die Kapazitäten für Rohpapier für Verpackungen. Überall in der Branche laufen Programme, um zu dekarbonisieren und die Klimaneutralität bis 2050 oder schon früher zu erreichen. Tatsächlich gingen die CO<sub>2</sub>-Emissionen in den letzten zwei Jahren um über 30 Prozent zurück. ■



## PROPAK – Industrielle Hersteller von Produkten aus Papier und Karton

Auch in der PROPAK Branche hinterlässt die hartnäckige rezessive Entwicklung auf dem Heimmarkt und in Europa ihre Spuren. Die Industrie rechnet nach 2023 (-8,7 Prozent) auch für 2024 mit einem weiteren Umsatzrückgang in vergleichbarer Größenordnung. Die Kaufzurückhaltung der Konsumenten und die europaweite Wirtschaftsschwäche erweisen sich als enorme Herausforderung. Erschwerend für die stark exportorientierte Branche ist der starke Rückgang bei den Auslandslieferungen.

Die Entwicklung der letzten drei Jahre beeinträchtigt die preisliche Konkurrenzfähigkeit massiv, die Lohnstückkosten haben sich gravierend von anderen Ländern entkoppelt: so stiegen die Löhne und Gehälter – trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage und der staatlichen Inflationsausgleiche – in der PROPAK Branche um über 20 Prozent an. Im Vergleich dazu waren es beim größten Handelspartner Deutschland elf Prozent im selben Zeitraum. Die Branche braucht dringend eine neue sozialpartnerschaftliche Herangehensweise an die kollektivvertragliche Lohn- und Gehaltsfindung. ■



## Bauindustrie

Wie die produzierende Industrie leidet auch Österreichs Bauwirtschaft unter einem ausgeprägten Nachfragemangel. Über die letzten neun Quartale brachen die Wohnbauinvestitionen um rund 18 Prozent ein. Der Nichtwohnbau verzeichnete im selben Zeitraum einen moderateren Rückgang von etwa sechs Prozent, ist jedoch bereits seit dem zweiten Halbjahr 2020 rückläufig. Im 1. Quartal 2024 erreichten die Nichtwohnbauinvestitionen preisbereinigt das niedrigste Niveau seit 1995. Lediglich im Tiefbau gibt es – insbesondere aufgrund langfristiger Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur – eine stabile Auslastung. Für den Hochbau wurden 2024 im Wesentlichen nur in der Sanierung sowie bei einigen Baubengewerben Wachstumsimpulse verzeichnet. Vornehmlich der Wohnbau leidet aufgrund hoher Baukosten, kaum gesunkener Finanzierungskosten und der KIM-Verordnung weiterhin an einer sehr schwachen Nachfrage. Vom Wohnbaupaket der Bundesregierung wird frühestens 2025 ein Impuls für die Baukonjunktur erwartet. Das WIFO erwartet für 2025 bis 2029 eine moderate jährliche Bauinvestitionssteigerung von durchschnittlich einem Prozent. Die Materialkosten bleiben wie im Vorquartal weitgehend stabil, bei einigen Baustoffen jedoch weiterhin spürbar über dem Niveau der Vorjahre. ■



## Holzindustrie

Die Holzindustrie steht unter massivem Druck: Die Auftragslage sinkt in nahezu allen Branchen, und selbst auf den Exportmärkten können nur noch vereinzelt nennenswerte Mengen abgesetzt werden. Die schwächelnde Weltwirtschaft hinterlässt deutliche Spuren und führt zu einem langanhaltenden Nachfragerückgang. Produktionsanpassungen sind in fast allen Bereichen unvermeidlich, während dringend notwendige Preiserhöhungen aufgrund der Marktlage nicht durchsetzbar sind. Steigende Rohstoff-, Energie- und Personalkosten erschweren es, wirtschaftlich tragfähige Deckungsbeiträge zu erzielen.

Die Wettbewerbsfähigkeit leidet, und neue Investitionen werden nur noch zögerlich umgesetzt, während bestehende Projekte abgearbeitet werden. Zudem verschärfen zunehmende bürokratische Anforderungen die ohnehin angespannte Kostenlage. Notwendige wirtschaftsfördernde Maßnahmen, die dringend Entlastung bringen könnten, bleiben weiterhin aus. Parallel dazu kämpft die Branche mit Nachdruck darum, die Rohstoffversorgung langfristig zu sichern. Die aktuellen Rahmenbedingungen lassen jedoch wenig Spielraum für Optimismus.



## Nahrungs- und Genussmittelindustrie

Der Inlandsmarkt ist nach wie vor durch die anhaltend hohe Handelskonzentration unverändert angespannt und lässt für viele Unternehmen nach wie vor keine wirtschaftlich notwendigen Spielräume zu. Viele Betriebe kämpfen daher unverändert mit hohen Kosten, etwa weiterhin für Energie und klimabedingt für bestimmte Rohstoffe. Denn extreme klimatische Bedingungen sowie die international steigende Nachfrage gehören zu den Hauptgründen, warum sich Kakao, Olivenöl, Orangensaft, Kaffee, Gewürze usw. so stark verteuert haben. Durch die massive Teuerung und den anhaltenden Kostendruck in Österreich befindet sich auch die heimische Nahrungs- und Genussmittelindustrie in wirtschaftlicher Stagnation und eine Besserung ist auch im 4. Quartal 2024 nicht in Sicht. Oberstes Ziel für die neue Bundesregierung muss daher sein, die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs insgesamt wieder zu stärken. Und das geht nur, wenn Energie wieder leistbar wird, die Lohnnebenkosten sinken und die Überregulierung ein Ende hat.

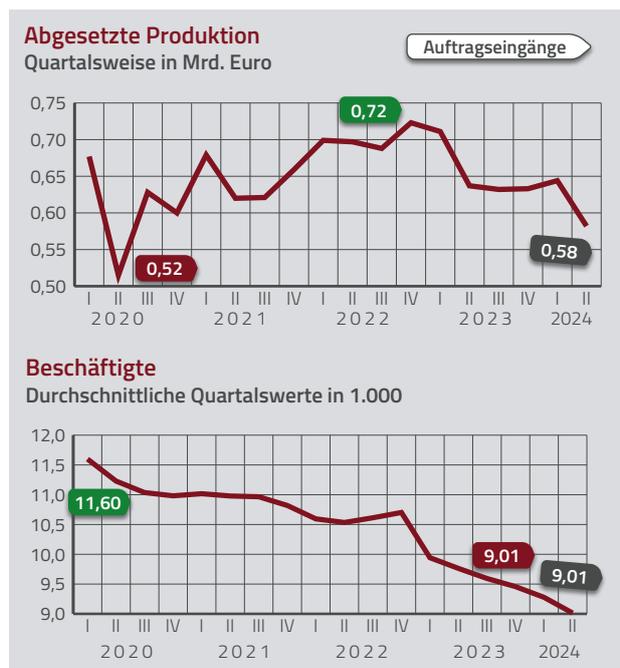


## Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie

**Bekleidungsindustrie:** Die Talfahrt bei den Auftragseingängen hat sich durch eine leicht steigende Nachfrage etwas verlangsamt. Produktion und Beschäftigung liegen jedoch weiterhin unter den guten Zahlen von 2023. Im Modebereich bleibt die Entwicklung ungewiss, die Stimmung ist eher pessimistisch. Bei Berufsbekleidung sind Auftragseingänge und Produktion insgesamt zufriedenstellend, mit Ausnahme des Industriesektors.

**Schuhindustrie:** Die Auftragslage bleibt wegen der Konsumflaute schwach, Produktionskapazitäten und Beschäftigte wurden reduziert. Exporte nach Westeuropa stagnieren, nach Osteuropa laufen sie etwas besser, Übersee bleibt schwach. Hohe KV-Abschlüsse der letzten Jahre treiben die Kosten massiv in die Höhe. Dringend erforderlich sind Maßnahmen, um die Wirtschaft anzukurbeln und Unternehmen zu entlasten.

**Textilindustrie:** Diese verzeichnete im 1. Halbjahr 2024 einen beachtlichen Umsatz- und Beschäftigtenrückgang. Hohe Kosten sowie starker Wettbewerbsnachteil gegenüber Drittstaaten zwingen die Firmen zum Personalabbau, zur Verlagerung ins Ausland oder zur Schließung des Standorts. ■



## NE-Metallindustrie

Die hartnäckige Rezession in Österreich und Deutschland, die nach wie vor schwache wirtschaftliche Entwicklung in Europa wirkt sich negativ auf die österreichische NE-Metallindustrie aus. Trotz der von Abwärtsrisiken und Unsicherheiten geprägten Wachstumsprognosen war die tatsächliche Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr resilienter als ursprünglich prognostiziert, doch verschlechtert sich nun die Stimmung der Unternehmen zunehmend. In den letzten drei Jahren sind die Lohnkosten in Österreich deutlich stärker gestiegen als bei den wichtigsten europäischen Wettbewerbern, insbesondere Deutschland, was die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen schwächt. Hohe Energie- und Rohstoffpreise verstärken diesen Nachteil zusätzlich.

Bei Walzwaren zeigen sich bei industriellen Anwendungen leichte Zuwächse bei den Auftragseingängen. Der Absatz in der Luftfahrtindustrie entwickelt sich weiterhin positiv, während der Automobilsektor deutlich hinter den Erwartungen zurückbleibt. Bei Presswaren bleibt die Nachfrage aus der Automobilindustrie verhalten, während der Energiesektor leichte Zuwächse verzeichnet. Der Trend zur E-Mobilität und zunehmende Automatisierung führen zu einer steigenden Nachfrage nach kupferhaltigen Produkten. ■



## Metalltechnische Industrie

Die Auftragsbestände in der metalltechnischen Industrie haben im 4. Quartal einen neuen Tiefpunkt erreicht, insbesondere durch die weiter sinkende Auslandsnachfrage. Eine Stabilisierung ist nicht in Sicht, und der erhoffte Wirtschaftsaufschwung verschiebt sich zunehmend. Auch der Maschinenbau ist nun voll von der Krise erfasst, nachdem er sich dank hoher Auftragsbestände aus den letzten Jahren lange behaupten konnte. Für das 4. Quartal 2024 wird ein Produktionsrückgang von über zehn Prozent erwartet. Strukturelle Einschnitte bei den Beschäftigten gehen inzwischen über den Abbau von Leiharbeitern hinaus und betreffen zunehmend das Stammpersonal – ein Wandel im Vergleich zu früheren Krisen. Die stark gestiegenen Personalkosten erhöhen den Druck zur Produktionsverlagerung ins Ausland, wo auch Investitionen priorisiert werden. Zudem steigen die Erzeugerpreise kaum noch, da höhere Personalkosten auf internationalen Märkten nur schwer durchgesetzt werden können. Dies drückt die Margen und schränkt den Spielraum für Neuinvestitionen weiter ein. ■

## Fahrzeugindustrie

Der Umsatzrückgang, steigende Personalkosten und die Abhängigkeit von europäischen Auftraggebern zwingen viele Betriebe der Fahrzeugindustrie zur Optimierung ihrer Personalpolitik. Arbeitszeitflexibilisierung und Urlaubsabbau bieten nur kurzfristige Entlastung, während in einigen Bereichen weiterhin Fachkräftemangel herrscht. Die Auftragslage innerhalb der Branche ist stark unterschiedlich, mit Zuwächsen in einigen Segmenten und deutlichen Einbußen in anderen. Der wachsende Einfluss chinesischer E-Fahrzeughersteller führt zu einem Rückgang in der Motorenfertigung. Insgesamt beträgt der Rückgang 2,4 Prozent, was sich auch in der Produktion widerspiegelt. Bürokratie und steigende gesetzliche Vorgaben sind weitere Hemmnisse für die Industrie. Material-, Energie- und Vorleistungskosten steigen zwar nur noch marginal, bleiben jedoch auf hohem Niveau und belasten die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Nach einem Rückgang im letzten Quartal zeigen sich wieder positive Aussichten auf größere Investitionen, die allerdings auf wenige, sehr große Projekte zurückzuführen sind und keinen allgemeinen Trend darstellen. ■

### Abgesetzte Produktion

Quartalsweise in Mrd. Euro



### Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



### Abgesetzte Produktion

Quartalsweise in Mrd. Euro



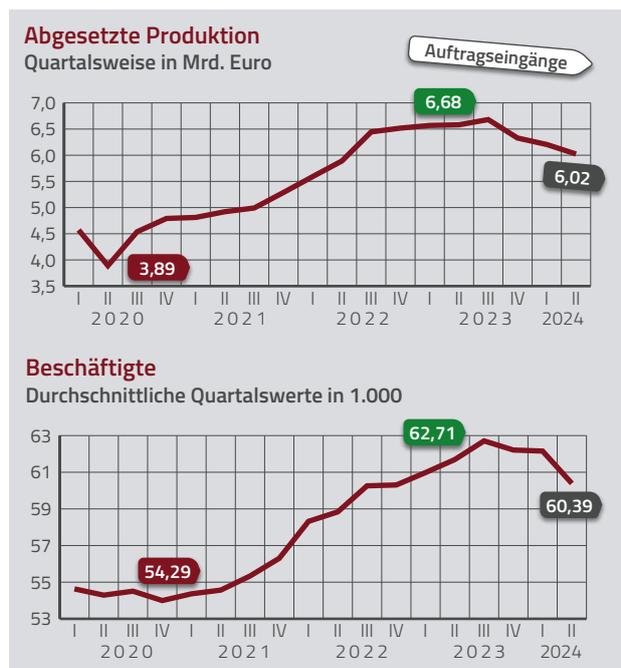
### Beschäftigte

Durchschnittliche Quartalswerte in 1.000



## Elektro- und Elektronikindustrie

In der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie zeichnet sich immer mehr ab, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten länger, als noch vor einigen Monaten erwartet, anhalten werden. Wie auch in den vergangenen Quartalen zeigt sich im 4. Quartal sowohl die Produktion als auch die Auftragsituation rückläufig, wobei nun auch die Beschäftigtenzahlen immer weiter unter Druck geraten. Ein Hauptgrund sind die anhaltend schwachen Auslandsaufträge, die sich durch die Entkoppelung internationaler Wirtschaftsverflechtungen bisher nicht erholt haben. Angesichts der uneinheitlichen globalen Ordnung bleiben sie auch in absehbarer Zukunft unter Druck. Neben dieser internationalen Nachfrageschwäche, wirkt auch die zunehmende Kostenbelastung des Standorts Österreich im Bereich Energie, Personal und Finanzierung negativ auf die Wachstumsaussichten der Unternehmen aus. Insgesamt überwiegen bei den Unternehmen die Bedenken, der Optimismus hält sich in dieser herausfordernden Gemengelage in Grenzen und die Mehrheit der Unternehmen rechnen in den kommenden Monaten mit einer weiterhin angespannt bis leicht rückläufigen Tendenz. ■



### Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

**Medieninhaber:** Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at, ZVR-Zahl: 247058831

**Unternehmensgegenstand:** Wirtschaftsforschungsinstitut

**Vorstand: Vorsitzender:** Hon.-Prof. Dr. Wilfried Stadler

**Stellvertreter:** Gen.-Sekr. Karlheinz Kopf, Gen.-Sekr. Mag. Christoph Neumayer

**Mitglieder:** Mag. Markus Beyrer, Dr. Wolfgang Damianisch, Mag. Christian Domany, Dr. Erhard Fürst, DI Dr. Manfred Matzinger-Leopold, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

**Geschäftsführer:** FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider

**Blattlinie:** Fachzeitschrift für Entscheidungsträger in der Wirtschaft

### Impressum

**Herausgeber:** Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: +43 1 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at  
Wirtschaftskammer Österreich Bundessparte Industrie, A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63, Tel.: +43 5 909 00-34 17, E-Mail: bsi@wko.at  
Industriellenvereinigung, A-1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4  
Tel.: +43 1 711 35 0, E-Mail: iv.office@iv-net.at

**Medieninhaber:** Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4

**Projektleitung & Redaktion:** Stephan Scoppetta (Chefredakteur), Herta Scheidinger (Chefin vom Dienst) www.feuerifer.at

**Design, Satz und Layout:** Christian Huttar/Usecon

**Coverbild:** die industrie.at/Mathias Kniepeiss

**Bilder:** So nicht anders angeführt, wurde das Bildmaterial beige stellt.

**Autoren:** Georg Knill, Mag. Richard Guhl, Dr. Alexander Kaufmann, Dr. Wolfgang Koller, Mag. Andreas Mörk, FH-Hon.-Prof. Dr. Dr. Herwig W. Schneider, Helene Tuma

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Autors wieder.

**Auskunft und Bestellung:** Industriewissenschaftliches Institut, A-1050 Wien, Mittersteig 10/4, Tel.: 513 44 11, E-Mail: office@iwi.ac.at

**Druck:** Print Alliance HAV Produktions GmbH, A-2540 Bad Vöslau

**Erscheinung:** vierteljährlich  
**ISSN:** 1023-8387



